

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1952

56 (6.3.1952)

ETTLINGER ZEITUNG

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Pf. — (Preisliste Nr. 3.)
(Tel. aufgeb. Inserate ohne Gewähr.)
Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden

Badischer Landsmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Erscheinungsweise: Tägl. mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf., samstags 20 Pf. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

4./53. Jahrgang

Donnerstag, den 6. März 1952

9r. 56

Vereinigte Staaten von Europa als Ziel

Nicht Wehrbeitrag sondern „Friedensbeitrag“ — Die politische Konzeption des Kanzlers
Schäffer: die SPD iugt

Bonn (UP). Die Politik der Bundesregierung erstrebe die vereinigten Staaten von Europa, erklärte Bundeskanzler Dr. Adenauer in einem vom Nordwestdeutschen Rundfunk verbreiteten Gespräch mit dem Journalisten Ernst Friedländer. Gleichzeitig regte der Kanzler an, den deutschen Wehrbeitrag künftig einen „Friedensbeitrag“ zu nennen.

Der Bundeskanzler meinte in dem Gespräch, es gäbe zu der von ihm verteidigten Europa-Politik keine echte Alternative. Sowohl Schumanplan wie Verteidigungsgemeinschaft seien eine Vorstufe des Zusammenschlusses der Staaten Europas, der die Wiedervereinigung Deutschlands nicht gefährden werde.

In den neuen Schwierigkeiten für eine deutsch-französische Verständigung sehe er keinen ersten Rückschlag. Sein Optimismus gründe sich dabei auch auf das Vertrauen in die Kraft der politischen Notwendigkeit. Die Schwankungen der Tagespolitik könnten daran nichts Wesentliches ändern. Dr. Adenauer nannte eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland erneut „ein Kernproblem der europäischen Vereinigung“.

In diesem Zusammenhang setzte sich der Kanzler für die Ausarbeitung einer europäischen Verfassung ein — wie dies auch im Vertragsentwurf über die Bildung einer Europa-Armee vorgesehen sei. Er meinte aber, daß die Initiative zur Einberufung einer europäischen Konstituante kaum von der Bundesrepublik kommen könnte. Das würde mißverstanden werden. Die Bundesregierung sei jedoch bereit, sich einem entsprechenden Vorschlag anderer Vertragspartner anzuschließen. Die militärische Seite der Verteidigungsgemeinschaft sei nur ein Teilproblem, und die „Zwangsvorstellung“ von den deutschen Divisionen verschiebe die Maßstäbe. „Wenn wir die ganze Partnerschaft wollen, können wir nicht vor der Verteidigung Halt machen“. Wer Rechte haben wolle, müsse auch Pflichten übernehmen. „Man täte deshalb gut, diesen ganzen sogenannten Wehrbeitrag als einen Friedensbeitrag zu bezeichnen“.

Auch die amerikanische Geduld habe ihre Grenzen. Hier gelte ein „Hilf dir selbst, so helfen die USA“. Die Nein-Sager hätten bisher noch nicht erklären können, wie man es besser machen sollte. „Ich meine damit nicht, daß bei den Verhandlungen, vor allem mit den Besatzungsmächten, schon das Allerletzte erreicht worden sei. Da gibt es noch Schwierigkeiten mit der Gleichberechtigung, obwohl die Lage nach London und Lissabon fraglos gebessert ist“. Man werde mit Vorsicht und Sorgfalt zu Werke gehen und es werde noch geraume Zeit verstreichen bis zu den ersten Einberufungen. Zu irgendeiner Wehrhysterie bestehe nicht der geringste Anlaß.

Bundesfinanzminister Schäffer nahm in einem vom CDU/CSU-Pressedienst veröffentlichten Artikel gegen die Behauptungen von SPD-Rednern im Wahlkampf in Südwestdeutschland Stellung, für einen Wehrbeitrag würden plötzlich Milliarden zur Verfügung und für soziale Zwecke sei kein Geld da. Diese Behauptungen seien „eine der größten Unwahrheiten“. Die erforderlichen Milliarden würden durch die von der Bundesregierung erreichte Beseitigung der Besatzungskosten eingespart und für die Verteidigung nutzbringend verwendet. Wenn man sich nicht über einen Verteidigungsbeitrag geeinigt hätte, würden die Besatzungskosten höher sein als der Verteidigungsbeitrag, denn die Besatzungskosten für das nächste Haushaltsjahr hätten sicher etwa 9 Milliarden DM

Mit oder ohne Bundespolitik?

Ein Gespräch mit Erich Ollenauer — Das Nein der SPD

Stuttgart (ZSH). Erich Ollenauer, 2. Vorsitzender der SPD, diskutierte im Stuttgarter Landtagsgebäude mit einem kleinen Kreis zu einer Pressekonferenz geladener Journalisten. Im jovialen Habitus eines politisch interessierten Bürgers, die kurze Shagpipe rauchend, saß er am Tisch, um Fragen zu beantworten, die fast alle auf dasselbe Ziel hinzielten, als Ollenauer die Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung des neuen südwestdeutschen Bundeslandes als Stimmungsbarometer für die Meinung der Bevölkerung zur Bundespolitik betrachtete wollte. Daß er hierbei unter Heranziehung der bekannten Argumente eine Neuwahl des Bundestages propagierte, war vielleicht weniger überraschend als seine Antwort auf die Frage, ob sich in den entscheidenden Angelegenheiten der großen Politik nicht vielleicht doch dann und wann ein Kompromiß zwischen Regierung und Opposition finden lasse.

Wenn es bisher nur sehr selten zu Kompromissen gekommen sei — so meinte Ollenauer — liege die Schuld nicht an der SPD. Vielmehr habe der Kanzler die Neigung, alle Fragen von sich aus autoritär zu entscheiden und erst hinterher das Parlament vor vollendete Tatsachen zu stellen. Es bleibe in diesen Fällen gar nicht mehr die Möglichkeit, in Details eine Einigung zwischen Regierung und Opposition auszuhandeln, sondern das Parlament könne nur noch zu einem fertigen Projekt ja oder nein sagen.

Im übrigen verwarfte sich Ollenauer sehr energisch gegen den Verdacht, die SPD sei gegen eine Integration Europas. Sie sei viel-

betragen. Nach den getroffenen Vereinbarungen würden die effektiven Leistungen der Bundesrepublik für die Verteidigung im kommenden Haushaltsjahr aber nur 8,8 Milliarden DM betragen, davon 2 Milliarden DM an Besatzungskosten bis zur Errichtung der europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Hierbei hätten sich die Alliierten verpflichtet, auch die voraussichtlich bis zum 31. Juli zu zahlenden Besatzungsgelder nur für Verteidigungszwecke zu verwenden.

Die Steigerung der Sozialausgaben im nächsten Haushaltsjahr auf über 8 Milliarden DM gegenüber 7,4 Milliarden in diesem Haushaltsjahr würden beweisen, daß die Behauptung der SPD, der Wehrbeitrag schränke die Sozialleistungen ein, eine Unwahrheit sei. Die Bundesregierung gäbe für die Verbilligung des Konsumbrottes 280 Millionen DM im Jahr aus und habe einer 20prozentigen Rentenerhöhung zugestimmt, was eine Ausgabe von jährlich über 800 Millionen bedeute. Die Behauptungen der SPD, die Bundesregierung habe soziale Anträge mit der Begründung abgelehnt, es sei kein Geld da, seien also erlogen.

mehr durchaus bereit, über eine „sinnvolle europäische Organisation auf politischem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiet“ zu verhandeln, aber zunächst müsse dafür die Basis geschaffen und das Problem einer wirklichen Partnerschaft der Beteiligten mit allen Konsequenzen gelöst werden. Die SPD sei nur gegen eine europäische Integration in ihrer jetzigen Form, die Deutschlands Gleichberechtigung vermissen lasse.

Auf die Frage, wie die SPD sich zu einem deutschen Wehrbeitrag verhalten würde, falls sie als Regierungspartei selbst die Verantwortung dafür zu übernehmen hätte, gab Ollenauer keine präzise Antwort, wie er sich auch nicht darüber äußern wollte, wie sich die SPD eine Beseitigung der deutsch-französischen Spannungen denke, die von allen Diskussionspartnern als ein Kardinalproblem der europäischen Verständigung angesehen wurde. Einer der anwesenden Journalisten warf in diesem Zusammenhang die Bemerkung ein, daß die Opposition der SPD gegen die allgemeine Politik der Bundesregierung durchaus positive Früchte gezeitigt habe, denn ohne sie seien manche Erfolge des Kanzlers gegenüber den Alliierten kaum möglich gewesen. Ollenauer quittierte diese Bemerkung mit zustimmendem Kopfnicken.

Schließlich machte der 2. SPD-Vorsitzende Dr. Adenauer zum Vorwurf, das gesamte deutsche Problem nicht mit derselben Energie betrieben zu haben wie die künftigen Verträge mit den Westmächten. Er ist insbesondere der Meinung, daß der letzte Brief Grotewohls an die Bundesregierung und die vier Besatzungsmächte noch einer deutlicheren Antwort bedürfe, denn es sei politisch und psychologisch bedenklich, daß zwar Moskau sich mit Verhandlungen über eine Wiederherstellung der deutschen Einheit und einem etwaigen Friedensvertrag einverstanden erklärte, die Westmächte aber sich bisher in Schweigen hüllten. Zwar könne man annehmen, daß die Sowjets mit ihrer anscheinend positiven Antwort nur die Wehrdebatte in Paris und Bonn beeinflussen wollten; es bleibe jedoch unzuswänglich, daß sich die Deutschen in dieser Frage nicht die Initiative antwinden lassen dürften. Schumacher, Ollenauer und Wehner werden deshalb in den nächsten Tagen einen Brief an den Bundeskanzler senden, in dem dieser aufgefordert wird, bei den Westmächten zu intervenieren und zu versuchen, eine präzise Stellungnahme der Sowjetunion zu den gesamtdeutschen Problemen zu erlangen.

Obgleich die europäische Integration, der Wehrbeitrag und andere brennende Probleme der großen Politik unbestreitbar zu den entscheidenden Fragen der deutschen Zukunft gehören, wandte zuletzt einer der Pressevertreter ein, daß es nicht angebracht sei, mit solchen Auseinandersetzungen 90 Prozent des Wahlkampfes für den 9. März zu bestreiten. Es werde ja nicht einmal ein Landtag im üblichen Sinne, sondern eine Verfassungsgebende Versammlung gewählt. Dabei handele es sich um den Zusammenschluß der drei bisher getrennten Länder des Südwestens, um ihre organisatorische Angleichung, um den künftigen Verwaltungs- und Regierungsaufbau, um kommunale und Schulprobleme, die allesamt mit der Bundespolitik nichts zu tun hätten. Eine Verlagerung der Diskussion auf Wehrbeitrag und Bundesfinanzen bedeute daher eine Ablenkung der Wähler auf eine parteitaktische Alternative, um die es im Grunde am 9. März gar nicht gehe. Es wäre daher nach seiner Meinung besser gewesen, die Akteure der Bundespolitik wären in Bonn geblieben, um nicht kostbare Zeit für die erledigung der ihnen gestellten Aufgaben zu verschwenden, statt sich in eine Wahl zu mischen, bei der über die Konstruktion eines Bundeslandes und nicht über internationale Politik zu entscheiden sei.

Gegen diese Argumente hatte Erich Ollenauer offenbar nichts einzuwenden, denn er klopfte seine Pfeife aus und beendete die Diskussion.

Darf man optimistisch sein?

Rechenschaft und Prognose unserer Wirtschaft

Zwischen den Auffassungen der offiziellen Wirtschaftspolitik und der Bank deutscher Länder über den Stand und die mutmaßliche Entwicklung der westdeutschen Gesamtwirtschaft hat im vergangenen Jahre nicht immer Übereinstimmung bestanden. Die Bank hat aus ihrer besonderen Verantwortung für die Stabilität der D-Mark mehrfach die Notwendigkeit der Kreditbeschränkung gezogen. Dies geschah stärker und öfter, als es dem mehr dynamischen Bundeswirtschaftsminister und dem geldknappen Bundesfinanzminister lieb war. Das war Veranlassung zu ernsthaften Erörterungen darüber, ob das Zentralnoteninstitut nicht stärker der Mitwirkung des Wirtschafts- und Finanzministers unterstellt werden sollte.

Man kann dies begreifen. Denn letztlich heißen diese beiden Minister die Hunde, wenn in den Augen des Parlaments und der Öffentlichkeit die Konjunktur nicht so verläuft, daß der Sozialkuchen des Volkseinkommens groß genug ausfällt, um jedem Interessenten eine genügend große Scheibe davon abschneiden zu können. Vor allem sind wir ja in Westdeutschland noch immer von einer Vollbeschäftigung bedenklich weit entfernt. Es nützt den Arbeitslosen aber wenig, wenn ihnen mit allen Feinheiten der Wirtschaftslehre bewiesen wird, daß und warum sie „strukturell“ arbeitslos sind. Sie wollen vielmehr die ihnen zuzugewandte Arbeit frei wählen und wollen sich als Volkseinkommensbezieher an den Tisch setzen, wenn der Sozialkuchen verteilt wird. Es ist nicht schwer, ihnen zu beweisen, daß es eben an dem nötigen Geld für die produktive Wirtschaft mangle und daß für dessen Hergabe letztlich die Zentralbank zuständig sei.

Das Noteninstitut seinerseits weist mit vollem Recht auf die Tatsache hin, daß dank seiner vorsichtigen Geld- und Kreditpolitik in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres die aus der Korea-Psychose herrührende ernste Gefahr für die D-Mark abgelenkt werden konnte. Wenn zwar auch nicht voll, so jedenfalls bei uns besser als in jedem anderen, mit Westdeutschland vergleichbaren Lande. Denn die besondere Gefahr der Korea-Krise bestand ja darin, daß es infolge des allgemeinen spekulativen Preisauftriebs für jeden Warenbesitzer billiger war, Ware zu horten, auch wenn er für die dafür aufgenommenen Kredite 12 bis 15 Prozent Zinsen bezahlen mußte. Er verdiente diese Zinsen doppelt und dreifach an den inzwischen gestiegenen Preisen.

Nach dem neuesten Bericht der BdL bietet nun die Wirtschaft der Bundesrepublik z. Zt. ein „verhältnismäßig ruhiges und von Spannungen freies Bild.“ Diese Feststellung ist gewiß nur mit den in den Einzelheiten immer gegebenen Einschränkungen zu nehmen. Vor allem, so meint die Bank, habe die Gütererzeugung sich nach den teilweise „hektischen Schwankungen“ wieder in ruhige Bahnen zurückgefunden. Das wohl bemerkenswerteste Zeichen der gegenwärtigen Produktionsentwicklung sieht die BdL zu Recht in dem endlichen Anstieg unserer Kohlenförderung, von der ja sowohl unter dem Gesichtspunkt unseres Devisenbedarfs wie der Ausweitung unserer gesamten gewerblichen und auch landwirtschaftlichen Produktion beinahe alles abhängt. Wir vermissen in diesem Zusammenhang im Bericht der BdL den notwendigen Hinweis auf die bedeutsame Tatsache, daß wir dank der Leistungen unserer Landwirtschaft bereits im Jahre 1951 das Planziel einer Erzeugungsteigerung über Vorkriegshöhe hinaus erreicht haben. Diese Steigerung wurde von der OEEC bestenfalls für das Jahr 1953 erwartet. Der so mögliche, relativ hohe Ernährungsstandard des großen Durchschnitts unserer gewerblichen Arbeiterschaft hat gewiß nicht zuletzt entscheidend zu deren Produktivitätssteigerung beigetragen.

In der durch die Rückläufigkeit der Rohstoffpreise am Weltmarkt auch bei uns jetzt „gezügelter Nachfrage“ sieht die BdL den zweiten bedeutsamen Grund dafür, die künftige Wirtschaftsentwicklung in Westdeutschland mit einem gedämpften Optimismus zu betrachten. Hinzu kommt, daß aus den gesteigerten Steuereinnahmen die Kassenüberschüsse in den öffentlichen Haushalten ansteigen. Auch von dieser Seite her werden damit die Kreditansprüche an das Bankensystem rückläufig. Diese Bewegung überschneidet sich noch mit einem erfreulichen Anstieg der Geldeinlagen bei den Banken, vor allem der Spareinlagen, welcher aus einem Vertrauen in die Stabilität des Lohn-Preisgefüges herrührt. Diese Umsichtung der Kaufkraft von der Warennachfrage auf die Sparkonten ermöglicht voraussichtlich Investitionen in der Grundstoffindustrie, im Wohnungsbau, in der Landwirtschaft usw., welche ein organisches Weiterwachsen des Wirtschaftskörpers zulassen werden. Wir werfen, wie ein Krustentier, gewissermaßen eine zu eng gewordene Schale ab und wachsen in eine größere, zu Entfaltung Raum lassende Behausung hinein.

Kritisch sieht es im Augenblick aber mit unseren Dollarreserven aus. Die Zuwendungen aus Marshallplan usw. fallen jetzt weg und die Ausfuhr in den Dollar-Raum steigt nur ungenügend. Hier springt ins Auge, welches Gewicht unserer steigenden landwirt-

Pinay will Regierungsbildung wagen

De Gaulle sieht seine Stunde kommen — RPF für Europa-Armee und Schumanplan

Paris (UP). Antoine Pinay hat dem französischen Staatspräsidenten Auriol mitgeteilt, daß er den Auftrag der Regierungsbildung übernehmen werde. Der 60jährige unabhängige Republikaner Pinay wird am Donnerstag vor die französische Nationalversammlung treten und um seine Investitur ersuchen.

Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, ist es Pinay gelungen, die Radikalsozialisten und die Volkspublikaner für eine von ihm geplante „Regierung der Fachleute“ zu gewinnen. Die Sozialisten werden sich an einer Regierung Pinay wohl nicht beteiligen, ein solches Kabinett aber vielleicht in der Nationalversammlung unterstützen.

Pinay hat für die Verhandlungen mit seinen Politiker-Kollegen ein Fünf-Punkte-Programm aufgestellt, das die Ziele aufzeigen soll, die er für den Fall einer Regierungsaufnahme verfolgen wird. Als wichtiger Bestandteil dieses Programms ist eine Amnestie für alle Steuersünder vorgesehen. In konsequenter Fortführung des Gedankens, die Steuereinnahmen des französischen Staates zu heben, plant Pinay anschließend eine Reform des gesamten Besteuerungswesens, mit der zugleich drakonische Maßnahmen für zukünftige Steuerhinterzieher verbunden sein sollen. Der Lohnpreisspirale will Pinay notfalls mit einem Preisstop zu Leibe rücken. Darüber hinaus ist eine Steuererhöhung vorgesehen, die jedoch wahrscheinlich unter den 15 Prozent liegen wird, wie sie von dem gestürzten Premierminister Faure gefordert wurde. Schließlich soll in den nationalisierten Industrien und in dem gesamten Sozialversicherungssystem eine Reorganisierung erfolgen, von der eine Verringerung des dort entstehenden Defizits erwartet wird.

General Charles de Gaulle sei überzeugt, daß seine Stunde bald kommen und ihm der Staatspräsident an die Spitze der Regierung berufen werde, erklärte Louis Terrenoire, im Kriege Vorsitzender des französischen Widerstandes und heute mit 44 Jahren Generalsekretär der französischen Volksbewegung

(RPF) de Gaulles. Terrenoire fügte hinzu, daß sein Parteichef keine Ein-Partei-Regierung bilden, sondern die führenden Köpfe aus allen Parteien — außer den Kommunisten — in ein Koalitionskabinett berufen würde.

Den Gerbereibesitzer Pinay würden die Gaullisten nicht unterstützen, weil er keine führende Persönlichkeit sei. Sollte es ihm gelingen, eine Koalition der Mitte zustandezubringen, gäbe man ihm nicht länger als drei Monate. Programmatisch faßte Terrenoire die Außenpolitik der RPF in folgenden Punkten zusammen:

1. „De Gaulle ist nicht gegen den Atlantikpakt und gegen die Europa-Armee. Aber die USA müssen starke, unabhängige, sich selbst achtende Alliierte haben. Die RPF wünscht nicht, Frankreich als schwachen und unzuverlässigen Alliierten der USA wie beispielsweise Tschiang Kai Schek zu sehen. Wir sind auch nicht gegen eine deutsche Aufrüstung. Wir glauben, daß Deutschland die Lasten der gemeinsamen Verteidigung teilen sollte. Aber wir wollen die Zusammenarbeit starker nationaler Armeen und nicht die unsaubere Lösung, die jetzt beabsichtigt ist.“
2. „Wir haben nichts gegen die Grundsätze des Schumanplans. Aber wir sind der Meinung, daß erst eine politische europäische Einigung geschaffen werden muß. Sonst ist es, als ob man die Wände eines Hauses errichtet, ohne vorher die Grundmauern gelegt zu haben.“
3. „Die Saar sollte als Trumpfkarte für direkte französisch-deutsche Verhandlungen verwendet werden, die darauf abzielen sollten, das Wohlergehen Europas auf seine zwei Hauptsäulen zu gründen. Dies würde die Entpolarisierung Europas zur Folge haben, und wir könnten schließlich alle wirtschaftlichen Schranken abreißen.“ Unter „zwei Hauptsäulen“ versteht Terrenoire einen wirtschaftlichen und einen militärischen Plan für die europäische Gemeinschaft — wie sie jetzt etwa im Schumanplan und im Plan für die Europa-Armee vorliegen.

schafflichen Inlandserzeugung in Zukunft zu kommen wird. Denn sie spart uns Devisen ein, um lebenswichtige Rohstoffe mit Dollars bezahlen zu können. Dr. R.

Interzonenhandel erneut gescheitert

Führende LDP-Funktionäre verhaftet
Berlin (E.B.). Wie ein Sprecher der Alliierten mitteilt, sind die Besprechungen über die Wiederaufnahme des Interzonenhandels erneut ergebnislos abgebrochen worden, weil sich die Vertreter der Ostzonen-Regierung beharrlich geweigert haben, einen ungehinderten Verkehr von und nach Westberlin zu garantieren. Die Absicht der Bundesbehörden, den legalen Ost-Westhandel wenigstens in der Form von Kompensationsgeschäften aufrecht zu erhalten, konnte durch das Veto der Hochkommission nicht verwirklicht werden.

Alle führenden Funktionäre der Ostberliner LDP sind etwa 48 Stunden nach dem plötzlichen Tod des früheren Landesvorsitzenden und Ostberliner LDP-Bürgermeisters, Dr. Reinhold Schwarz, von der Volkspolizei verhaftet worden. Zwei der Festgenommenen, der frühere Landessekretär der LDP und seine Sekretärin, haben bereits seit ihrer Suspendierung Ende Januar unter polizeilichem Hausarrest gestanden.

Wie ein Sprecher der Landesleitung auf Anfrage mitteilte, sind die meisten der Festgenommenen nach einem eingehenden Verhör durch den Staatssicherheitsdienst wieder freigelassen worden. Die Verhaftungen seien wegen des Verdachts erfolgt, daß hauptamtliche LDP-Funktionäre gegen die bestehenden Wirtschaftsgesetze der Ostzone verstoßen hätten.

Kieler Landtag wünscht Deutschlandlied

Heuss hält die Frage weiterhin offen
Kiel (UP). Der Schleswig-holsteinische Landtag hat in einem von den Fraktionen des Wahlblocks, der BHE und FDP gegen die Stimmen der SPD gebilligten Beschluß den Bundespräsidenten, alle drei Strophen des Deutschlandliedes wieder als Nationalhymne zu proklamieren. In einer kurzen Debatte wiesen Sprecher der Regierungsparteien auf die Notlösungen hin, die u.a. während der Olympischen Winterspiele in Oslo und bei anderen internationalen Sportveranstaltungen getroffen werden mußten. Die Rückkehr Helgolands sei der geeignete Termin, eine Nationalhymne zu proklamieren. Die sozialdemokratische Fraktion erklärte durch den früheren Ministerpräsidenten Hermann Lüdemann, daß die Entscheidung allein dem Bundespräsidenten überlassen bleiben müsse.

Bundespräsident Heuss hat dem niedersächsischen Landtag, der vor kurzem ebenfalls um Wiedereinführung des Deutschlandliedes gebeten hatte, durch den Chef des Bundespräsidialamtes mitteilen lassen, daß er, der Bundespräsident, die Gefühle Niedersachsens durchaus zu würdigen wisse. Eine befriedigende Regelung der Frage einer einheitlichen deutschen Nationalhymne sei jedoch schwierig. Entschleunigungen, wie die Niedersachsens, seien ihm in großer Zahl zugegangen, wie es auch nicht an entgegengesetzten Entschleunigungen gefehlt habe. Die Frage der deutschen Nationalhymne stehe also, wie im niedersächsischen Landtag zu diesem Schreiben des Bundespräsidenten erklärt wurde, weiterhin offen.

Die vorläufige Erdbeben-Bilanz

Neues Beben in Triest registriert
Sappora (UP). Zusammenfassende Berichte der US-Streitkräfte in Japan und der japanischen Polizei zeigen, daß die Menschenverluste, die das Erd- und Seebeben auf den japanischen Inseln Hokkaido und Honshu forderte, glücklicherweise nicht so groß sind, wie ursprünglich angenommen wurde. 34 Personen kamen ums Leben, weitere sechs werden vermißt und 168 Menschen trugen Verletzungen davon. Die Sachschäden werden auf rund 100 Millionen DM geschätzt. Das Erdbeben und die darauf folgenden Springfluten zerstörten 1245 Häuser, spülten 58 Häuser fort und setzten weitere 358 Häuser unter Wasser. 13 Schiffe trugen schwere Beschädigungen davon und neun Brücken wurden fortgespült. Zwei Fischerboote sind gesunken, eine Reihe weiterer Boote wird vermißt. Die Erdbebenwarte Triest registrierte am Mittwoch ein weiteres Beben, dessen Epizentrum in der gleichen allgemeinen Richtung liegen dürfte wie das Erdbeben des Vortages.

Fünf ehemalige Gestapo-Beamte, die am Tode zahlreicher Franzosen schuld sein sollen, wurden von einem französischen Militärgericht in Metz in Abwesenheit zum Tode bzw. zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt.

Auf dem Weltpostkongreß, der im Mai in Brüssel stattfinden wird, wird sich die Bundesrepublik vertreten sein, wie Bundespostminister Schubert bekanntgab.

Dr. Kemritz hat seine Villa in Bad Homburg, die seit dem Sommer vergangenen Jahres von US-Soldaten bewacht wurde, an eine Frankfurter Bank verkauft.

Mannschaft und Kadetten der „Pamir“ und Angestellte der deutschen Botschaft in Argentinien haben sich als Blutapender für die 250 Opfer des schweren brasilianischen Eisenbahnunglücks gemeldet.

Jakob Malik ist von Moskau nach New York abgefliegen, wo er seine Arbeit im UN-Sicherheitsrat wieder aufnehmen wird.

General Eisenhower traf nach Abschluß seiner Besprechungen in Ankara in Athen ein, wo er von König Paul empfangen wurde.

Die Hinrichtung der zum Tod verurteilten acht griechischen Kommunisten wurde verschoben, um ihnen Gelegenheit zur Einreichung eines Gnadenersuchs zu geben.

Paris über Saarbeschwerde entrüstet

Scharfe Reaktion auf die Bonner Initiative

Paris (UP). Ein Sprecher des französischen Außenministeriums bezeichnete die deutsche Saarbeschwerde an den Europa-Rat als „bedauerlichen Versuch, die öffentliche Meinung in ziemlich unangenehmer Weise zu erregen“.

Gewisse deutschfreundliche Elemente im Saargebiet betrieben eine Politik der Erpressung. Es seien auch Anzeichen von „Bedrohung und Korruption“ vorhanden. Auf die Bitte um nähere Erläuterung dieser Behauptungen meinte der Sprecher, im Saargebiet seien von deutschfreundlichen Verbänden und der Bonner Regierung Hunderte von Milliarden Franc ausgegeben worden. Ferner seien Drohungen ausgesprochen worden, um den Gang der Ereignisse zu beeinflussen. Frankreich sei über das deutsche Vorgehen „äußerst überrascht“, da Bundeskanzler Dr. Adenauer stets in gutem Glauben versucht habe, eine Lösung der Saarfrage zu finden.

Die einflussreiche französische Zeitung „Le Figaro“ erklärt zum gleichen Thema: „Jetzt ist für die französische Regierung die Zeit gekommen, mit allem Nachdruck auf die beiden Grundsätze hinzuweisen, nach denen die Saar wirtschaftlich an Frankreich angeschlossen aber politisch unabhängig sein soll. Es ist in keinem Fall Deutschlands Aufgabe die Debatte über dieses Problem vor ein Organ zu tragen, das nicht zu einer solchen Debatte ermächtigt ist. Es ist die deutschen und ausländischen Befürworter der Rückgewinnung der Saar daran zu erinnern, daß in diesem Fall das europäische wirtschaftliche Gleichgewicht schwer gefährdet sein wird. Damit würde das ganze System des Schumanplans — ein System, das — wie man sich erinnern wird — auch von dem Bonner Parlament gebilligt wurde, in Frage gestellt. Es scheint, als gäbe es in Bonn zwei politische Richtungen und als wolle Deutschland wieder zu den taktlosen und plumpen Methoden greifen, die in der Vergangenheit eine Annäherung zwischen den beiden Ländern immer erschwert haben.“

Europa-Armee-Ausschuß tagt in Paris

Die Arbeiten des Fachausschusses zur Fertigstellung eines Entwurfs für das Abkommen über die Europa-Armee werden am Donnerstag in Paris fortgesetzt. Auf der Tagesordnung stehen das Problem der Kontrolle der Rüstungsproduktion in den beteiligten Ländern, ein Verbot der Herstellung gewisser Rüstungsgüter in „exponierten Gebieten“ und schließlich die Frage, welche Munition und welche Waffen in der Bundesrepublik nach Inkrafttreten des Abkommens hergestellt werden dürfen.

Der Ständige Rat der Außenminister-Stellvertreter der Atlantikpaktmächte ist in London zusammengetreten, um die Ernennung eines Generalsekretärs der NATO zu beraten. In Paris verläuft dazu, daß die Beauftragung des holländischen Außenministers Stikker „fast als sicher“ gelte, nachdem der von Frankreich unterstützte Kandidat, der britische UN-Delegierte Sir Gladwyn Jebb, sich als „unabkömmlich“ erwiesen habe.

US-Wehrpflicht-Gesetz durchgefallen

Niederlage der Regierung — Maßnahmen gegen „Neo-Nazismus“ gefordert
Washington (UP). Das US-Repräsentantenhaus beschloß mit 236 gegen 162 Stimmen, den Gesetzesentwurf über die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht ohne Begründung an den Militärausschuß zurückzuverweisen.

Strukturänderung im Bundesrat?

Etwaige Folgen der Südwestwahl — Interessante Meinungsverschiedenheiten

Bonn (UP). Das Organ der katholischen Arbeiterbewegung, „Ketteler-Wacht“, macht darauf aufmerksam, daß ein für die Bundesregierung ungünstiger Ausgang der Wahlen in Südwestdeutschland Neuwahlen für den Bundestag erforderlich machen könne. Das Blatt geht davon aus, daß nach der Bildung des Südweststaates anstelle von bisher 43 Mitgliedern des Bundesrates nur noch 38 vorhanden sein werden. Die Regierungsparteien bräuchten dann mindestens 19 Stimmen, so folgert die Ketteler Wacht, wenn sie ein Gesetz im Bundesrat durchbringen wollten. Rechnet man die Vertreter von Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Südbaden nicht mehr mit, dann verfüge die Regierungskoalition gegenwärtig nur über 18 Stimmen. Komme jetzt, so betont das Blatt abschließend, im neuen Südweststaat eine mehr regierungsfeindlich als -freundlich gesonnene Landesregierung zustande, so werde der Bundesrat in der Lage sein, sämtlichen Gesetzen seine Zustimmung zu versagen und damit auf die Dauer die Bundesregierung zum Scheitern zu bringen.

Im Gegensatz dazu betonte der „Deutschland-Union-Dienst“, das offizielle Sprachrohr der Partei des Kanzlers, daß man im Wahlergebnis des nächsten Sonntags keinen Vorentscheid für den nächsten Bundestag sehen könne. Es sei auch kein Vorentscheid über die Innen- und Außenpolitik der Bundesregierung.

Um die Altbau-Mieten

Die Bundesregierung hat dem Bundesrat und dem Bundestag den Entwurf einer Verordnung zugeleitet, wonach die Mieten für Wohnungen, die vor dem 1. April 1924 bezugsfertig geworden sind, mit Wirkung vom 1. April 1952 um zehn Prozent erhöht werden sollen. Die Mehreinnahmen aus der Erhöhung der Mieten sollen allein den Hausbesitzern zugute kommen. Der Zuschlag ist nach dem Entwurf der Bundesregierung auf der Grundlage der Miete zu berechnen, die für die letzte Mietzeit vor dem 1. April 1952 in dreisprachlich zulässiger Weise vereinbart worden war. Von dieser Miete sind jedoch vor der Erhöhung die Umlagen für

Diese Entscheidung bedeutet eine schwere Abstimmungs-niederlage der Regierung und kommt — zumindest für diese Sitzungsperiode — einem „Staatsbegräbnis erster Klasse“ für das Wehrpflichtgesetz gleich. Die Hoffnungen der Regierung, das Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht noch in diesem Sommer oder Herbst in Kraft treten zu lassen, scheinen damit gescheitert zu sein.

Das Repräsentantenhaus hatte das Gesetz zunächst rundweg abgelehnt und beschlossen, an seiner Stelle eine Vorlage anzunehmen, in der eine vormilitärische Ausbildung der höheren Schüler vorgesehen war. Gleich darauf warf das Haus seinen Beschluß um und lehnte die Vorlage über die vormilitärische Ausbildung ab. Schließlich beschlossen die Abgeordneten, den Regierungsentwurf über die allgemeine Wehrpflicht an den Militärausschuß zurückzusenden, ohne an diesen Beschluß besondere Instruktionen zu knüpfen.

Die republikanische Kongreßabgeordnete Frances Bolton forderte das Repräsentantenhaus auf, unverzüglich eine eingehende Untersuchung des „wachsenden Neo-Nazismus in Westdeutschland“ anzukündigen. Mrs. Bolton verwies auf den letzten Vierteljahresbericht des US-Hochkommissars McCloy, der vor den Gefahren warnte, die aus einem Westdeutsch-

land erwachsen könnten, in dem der Nazismus wieder auflebe.

Die Führung der demokratischen Fraktion des Repräsentantenhauses hat beschlossen, einen Sonderausschuß zur Untersuchung des Massenmordes von Katyn nach Europa zu entsenden. Der Vorsitzende des Katyn-Untersuchungsausschusses erklärte dazu, daß in Europa etwa 40 bis 50 wichtige Zeugen vernommen werden müßten.

Acheson dementiert

Außenminister Acheson teilte dem Kongreß mit, daß die USA während der Besprechungen mit Churchill keine geheimen militärischen Verpflichtungen eingegangen seien. Das Repräsentantenhaus hatte trotz mehrerer amtlicher Dementis mit 189 gegen 143 Stimmen gefordert, daß die Regierung den Kongreß über jede geheime militärische Abmachung informiert. Acheson hat daher auf Anweisung Trumans jetzt offiziell das Vorhandensein geheimer Vereinbarungen bestritten.

Zu gleicher Zeit hat Acheson die kommunistischen Beschuldigungen, daß sich die UN-Truppen in Korea der bakteriologischen Kriegführung bedienten, als völlig unzutreffend zurückgewiesen. Er erklärte, die Kommunisten bräuchten derartige Beschuldigungen offenbar nur vor, um den Fortgang der Waffenstillstands-Verhandlungen zu behindern. Der amerikanische Außenminister sagte in diesem Zusammenhang, daß die USA eine unparteiliche Untersuchung der kommunistischen Beschuldigungen durch das internationale Rote Kreuz sehr begrüßen würden.

Verteidigungsdebatte im Unterhaus

Mißtrauensvotum der Opposition — Debatte um Entlassungen von Weir

London (UP). Die Verteidigungscomité des britischen Unterhauses wurde von Premierminister Churchill mit der Feststellung eröffnet, daß Rohstoff- und Dollarmangel die Verwirklichung des britischen Rüstungsprogramms fühlbar zu verzögern drohe, und daß es eher vier als drei Jahre dauern werde, bis das Programm durchgeführt sein wird.

Der ehemalige sozialistische Verteidigungsminister Shinwell legte dem Unterhaus einen Antrag vor, der einem Mißtrauensantrag gegen die Regierung Churchill gleichkommt. In dem Antrag wird festgestellt, daß die konservative Regierung unfähig sei, das britische Verteidigungsprogramm zu verwirklichen.

Dieser Antrag wurde mit 314 gegen 219 Stimmen abgelehnt und statt dessen die von den Konservativen eingebrachte Entschließung, in der das Rüstungsprogramm der Regierung gebilligt wird, mit 313 gegen 55 Stimmen angenommen.

Der Premierminister gab bekannt, daß Großbritannien noch keine amerikanische Hilfe zur Verringerung der aus dem Rüstungsprogramm erwachsenden Lasten erhalten habe. Außerdem gab er zu, daß die britische Regierung dem lebensnotwendigen Export einen Vorrang vor dem Rüstungsprogramm eingeräumt habe. Er schätzte, daß das noch von der Labour-Regierung ausgearbeitete Rüstungsprogramm 5,2 Milliarden Pfund Sterling und nicht nur 3,7 Milliarden Pfund, wie ursprünglich angenommen wurde, kosten werde. Das dem Unterhaus vorliegende Weißbuch sieht für das Finanzjahr 1952/53 Verteidigungsaufgaben in Höhe von 1,4 Milliarden Pfund Sterling (etwa 17,5 Milliarden DM) vor.

„Wenn der Krieg ausbricht, wird er ganz plötzlich und überraschend kommen“, sagte Churchill. Das Gros der britischen Armee befinde sich im Ausland, so daß die Hauptlast der Verteidigung Großbritanniens auf die

Koene Guard (Heimwehr) fallen werde. Die beunruhigende Weltlage führe dazu, daß Großbritannien sechs reguläre Divisionen außerhalb Europas und fünf Divisionen, darunter zwei Panzerdivisionen, auf dem europäischen Kontinent stationieren müsse. Wenn genügend moderne Ausrüstung vorhanden ist, werde Großbritannien für den Dienst im In- und Ausland 22 Divisionen zur Verfügung haben.

Der Labour-Abgeordnete Fernyhough fragte mit welcher Begründung im vergangenen Dezember von den britischen Behörden in Deutschland 42 deutsche Kriegsverbrecher entlassen worden seien, obwohl sie ihre Strafe noch nicht abgesehen hätten. Staatsminister Selwyn Lloyd antwortete, man habe sich entschlossen, die Untersuchungshaft auf die Strafen anzurechnen. Da es sich um großen und ganzen um kürzere Strafen gehandelt habe, seien sie sämtlich schon durch die nachträglich zugerechnete Untersuchungshaft verbüßt gewesen. Fernyhough fragte dann, ob man angesichts der Milde, die man diesen „Rohlingen und Mördern“ gegenüber habe walten lassen, mit derselben Milde bei der Behandlung der britischen Staatsbürger rechnen könne, die wegen Verbrechen inhaftiert seien, die aus dem Kriege entstanden“ seien. Der Staatsminister gab darauf zur Antwort, daß in keinem Falle ein Häftling entlassen worden sei, der sich schwerer Kriegsverbrechen schuldig gemacht habe. Bei den fraglichen Fällen habe es sich um „Begleiterscheinungen zu Verbrechen“ gehandelt.

Großmufti darf nicht nach Kairo zurück

Faruk stärkt seine Position — Hilali Pascha trifft Stevenson

Kairo (EB). Dem Großmufti von Jerusalem, Amin el Hussein, der zur Zeit in Karachi weil, ist von der ägyptischen Regierung überraschend seine Rückkehr nach Ägypten untersagt worden. Diese Maßnahme ist als ein weiterer Schlag König Faruks gegen die radikalen Nationalisten innerhalb der Arabischen Liga zu betrachten.

Der Großmufti hat in letzter Zeit die Politik König Faruks scharf kritisiert und die Verstärkung des Widerstandes gegen den König als vordringlich bezeichnet. Auch gilt er als der große Drahtzieher der blutigen Unruhen vom 26. Januar. In Karachi leitete er eine Konferenz führender Männer des Islam, die angeblich rein religiösen Fragen gewidmet war, in Wirklichkeit aber ein Programm für das politische Vorgehen der mohammedanischen radikalen Arbeitsgruppen und der Arabischen Liga ausgearbeitet hat. Wie in Kairo verläutet, soll die Widerstandskraft der Arabischen Liga durch Sammlungen und straffere Organisation derart gesteigert werden, daß die Großmächte gezwungen werden können, die Liga offiziell als politischen Faktor anzuerkennen. Das Ziel sei eine zentrale Lenkung der Politik aller arabischen Staaten durch die Arabische Liga.

In einer Pressekonferenz brachte der neue ägyptische Ministerpräsident Neguib Hilali Pascha zum Ausdruck, daß er in der Lösung des anglo-ägyptischen Konfliktes „seine oberste Pflicht“ als ägyptischer Regierungschef erblicke. Hilali Pascha kündigte an, daß der britische Botschafter Sir Ralph Stevenson am Donnerstag mit Außenminister Hussain Pascha und im Anschluß daran mit dem ägyptischen Ministerpräsidenten zusammenkommen werde. Er bezeichnete diese Zusammenkünfte jedoch als „Höflichkeitsbesuche“. Der ägyptische Ministerpräsident wird am Donnerstag auch den amerikanischen Botschafter Caffery und den französischen Botschafter Couve de Murville empfangen.

Der ägyptische Generalstaatsanwalt hat gegen 12 Personen, die beschuldigt werden, an den Ausschreitungen vom 26. Januar führend beteiligt gewesen zu sein, Anklage erhoben.

70 Inder, darunter ein halbes Dutzend Fürsten, sind verhaftet worden, weil sie im Verdacht stehen, eine Verschwörung gegen die Kongreß-Partei angezettelt zu haben.

Die Regierung von Singapur will eine allgemeine Wehrpflicht einführen, um die nötigen Streitkräfte zur Niederrückung der kommunistischen Aufstände aufstellen zu können.

Schutz der Familie!
Schutz der Geistesfreiheit!

Frieden und Freiheit das will die CDU

Darum am 9. März **Wahlvorschlag 2 - Dr. Werber** dem markanten Vertreter
Deine Stimme nur dem unserer badischen Heimat

Aus der Stadt Ettlingen

Das Wetter im März

Nach der langfristigen Wettervorhersage des badischen Landeswetterdienstes in Freiburg dürfte das erste Drittel des März im Schwarzwald, im Bodensee- und Oberrheingebiet wechselhaftes und für die Jahreszeit meist zu kaltes Wetter bringen. Dabei werden die Niederschläge in mittleren und höheren Lagen des Schwarzwaldes als Schnee und auch in den Niederungen vorübergehend in Form von Schnee fallen. Während nur kurzfristiger Wetterberuhigung muß mit leichten bis mäßigen Nachfrösten gerechnet werden. Zu Beginn des zweiten Monatsdrittels ist mit einem Übergang zu beständigem, tagsüber mildem, vielfach sonnigem Wetter zu rechnen, das abgesehen von einem unbeständigen Witterungsabschnitt in der Monatsmitte bis in die ersten Tage des letzten Monatsdrittels anhalten dürfte. Anschließend wird sich bis zum Monatswechsel wiederum wechselhaftes, anfangs verhältnismäßig kühles, gegen Monatsende milderndes Wetter einstellen. Die Schneeverhältnisse werden im Hochschwarzwald für den Wintersport weiterhin günstig bleiben.

Den Humor in der Ettlinger Fastnacht

Veranschaulicht die Aufnahmen von Leica-Foto K. F. Schade, die im Schaukasten des Verkehrsvereins am Rathaus ausgestellt sind. Diese 15 Fotos sind eine Auswahl aus etwa 60 sehr gelungenen Aufnahmen, durch die alle Gruppen des Festzugs in der Erinnerung festgehalten werden. Man freut sich immer wieder über die „Ettlinger Spätzle“, die motorisierten Hexen, die originalen Wagengruppen und die flotten Musiker, ebenso über die Besuchermassen, die am Fastnachtsontag auf den Beinen waren.

Am Sonntagabend gingen an der Bahnlinie zwischen Erbprinz und Sportplatz verschiedene Dokumente auf den Namen Weiß verloren. Die Finder werden gebeten, dieselben bei der Kriminalpolizei in Ettlingen (Rathaus) abzugeben.

Aus dem Bericht der Landespolizei für die Zeit vom 21. bis 27. Februar

Ein junger Mann aus Langensteinbach gelangte zur Anzeige, weil er am 1. Jan. durch Mischung von chlorsaurigen Kalzium und Schwefel ein gebrauchsfertiges Sprengmittel herstellte, das er zur Jahreswende zur Explosion brachte. Hierbei wurde ihm der Daumen der rechten Hand abgerissen, außerdem trug er erhebliche Verletzungen am Kopf davon.

Über die Zeit der Fastnachtveranstaltungen wurde verschiedentlich festgestellt, daß sich gerade Jugendliche im vermehrten Umfang auf öffentl. Tanzveranstaltungen herumtreiben. Gegen die Erzieher und Veranstalter wurde wegen Verstoßes gegen das Jugendschutzgesetz Anzeige vorgelegt.

Ein 39 Jahre alter Händler aus Karlsruhe befuhr am 23. Febr. mit einem Pferdewagen in vollkommen betrunkenem Zustand die Albtstraße von Busenbach kommend in Richtung Ettlingen. Da er in diesem Zustand für den übrigen Straßenverkehr eine allgemeine Gefahr bildete, wurde das Pferd mit Wagen sichergestellt, während der Fahrer bis zur Wiedererlangung seiner Nüchternheit in polizeiliche Gewahrsam gehalten wurde.

Auf der Landstraße 217 zwischen Friedrichstal und Blankenloch rannte ein unruhig gewordenes Pferdgespann in die Fahrbahn eines entgegenkommenden Pkw. Es entstand erheblicher Sachschaden.

Am Montag, 25. Febr., sind aus dem Erziehungsheim Flehingen bei Außenarbeiten sieben Fürsorgezöglinge entwichen. Der Vorfall konnte von der Anstaltsleitung dem LP-Posten Flehingen rechtzeitig gemeldet werden, so daß die sofort eingeleiteten Fahndungsmaßnahmen noch am selben Tag zur Ergreifung der Fürsorgezöglinge durch Beamte des LP-Hauptpostens Bretten führte. Drei weitere Fürsorgezöglinge unternahmen am selben Tag einen Fluchtversuch aus der Anstalt. Zwei dieser Zöglinge konnten bald nach Bekanntwerden durch Beamte des dortigen LP-Postens wieder aufgegriffen und der Anstalt zugeführt werden. Der dritte Zögling hatte sich am gleichen Tag wieder in der Anstalt freiwillig zurückgemeldet.

Frieden durch Wehrbeitrag

Zu der am Dienstagabend in der Festhalle stattgefundenen Großkundgebung „Wehrbeitrag oder Friedensbeitrag“ wird uns geschrieben:

1. Die angekündigte Großkundgebung, die in Wirklichkeit eine recht kleine Kundgebung gewesen ist, stand auf einer so tiefen Stufe, wie wohl die Festhalle es seit langem nicht mehr erlebt hat. An solche Regierungsbetzer sollte die Festhalle nicht vermietet werden, zumal zuvor die Polizei in Emmendingen bei dem gleichen Vortrag nach einer Viertelstunde schon eingegriffen und den Hauptredner zu sich genommen hat. Man sollte einen Menschen, der der Wahrheit und den Tatsachen so ins Gesicht schlägt, der nur aus dem Haß und der Verbitterung heraus spricht, der darum nichts als Verdrehung und Verleumdung der Gesinnung bietet, nicht auf das Volk loslassen. Auch nicht im demokratischen Staat! — Der Hauptredner hat zudem dem demokratischen Gedanken einen schlechten Dienst erwiesen. Dem Hauptredner schwebte offenbar als Ideal nicht die deutsche Demokratie vor, sondern eine benachbarte. Nur so läßt sich auch die mit Stentorstimme und Haß in den Saal hineingeschriene Forderung verstehen, daß die Alliierten alsbald deutschen Boden verlassen sollten. Je eher, desto lieber! Diese Forderung, über die sich sicherlich eine benachbarte Demokratie freuen wird, wenn sie davon Kunde bekommt, hat der Hauptredner in einem Atemzug mit der ungeheuerlichen Hetze gegen Bundeskanzler Dr. Adenauer und die Bundesregierung ausgesprochen. (Siehe Bericht EZ 1. März.)

2. Auf diesen Vortrag, besser gesagt, auf die Entladung des Hasses ist es unmöglich im einzelnen einzugehen. Aber es ist Pflicht, gegen diese Unwahrheiten und Verleumdungen die Wahrheit und Tatsachen entgegenzustellen.

a) Es gibt keinen christlichen Politiker, der an Stelle des Friedens, den das ganze deutsche Volk will, den Krieg will. Es ist eine Verleumdung ohnegleichen, unserem Bundeskanzler und der Bundesregierung zu unterstellen, daß sie den Krieg will und durch den Wehrbeitrag die Lust am Kriege offenbare. Es ist das auch eine Gemeinheit, selbst für

den Fall, daß man da und dort glaubt, mit dieser verleumderischen Darstellung politische Geschäfte machen zu können.

b) das Wort „Remilitarisierung“ weckt im Volke eine ganz falsche Vorstellung. Es müßte aus dem Sprachlexikon gestrichen werden und im Interesse der Wahrheit durch die Bezeichnung „Verteidigungsbeitrag“ ersetzt werden. Wenn die Reichsregierung den „Verteidigungsbeitrag“ erstrebt hat, dann hat sie das getan aus innerster Gewissensüberzeugung und in der Verantwortung dem deutschen Volk gegenüber. Das „Echo der Woche“, eine unabhängige europäische Zeitung in Deutschland, schreibt am 16. Febr., daß man dem Bundeskanzler Dr. Adenauer die hohe Achtung und Anerkennung schuldig sei. Er sei ein Mann, der seine Sache von der hohen Warte der Überzeugung vertritt und nicht von der Bühne eines populären Theaters.

c) Der Bundeskanzler und die Bundesregierung hat sich zu dem Wehrbeitrag entschlossen, im Bewußtsein der Verantwortung unserem deutschen Volk gegenüber. Ein Vater hat die Pflicht, seinen Kindern den Zugang zur Geldkassette zu verwehren. Ein Hausbesitzer betrachtet es als seine Pflicht, in der Nacht die Haustüre gegen Einbrecher zu schließen. Der Fabrikant stellt einen Wächter ein, um sein Eigentum zu schützen. Er denkt nicht im mindesten daran, daß der friedliche Wächter einen Angriff macht auf friedliche Menschen. In unserem Falle handelt es sich nicht nur um den Schutz deutschen Eigentums, sondern um die höchsten Güter: Freiheit, Persönlichkeit und die ewigen Gesetze der Sittlichkeit und Religion. Die christlichen Politiker betrachten es als ihre Gewissenspflicht, für die Verteidigung unseres Volkes und ihrer höchsten Güter besorgt zu sein. Es geht also beim Wehrbeitrag um die Erhaltung des Friedens und nicht um den Beginn des Krieges. Tatlos zuzuschauen, wo die östlichen Länder fast alle bereits unterjocht sind, wäre unverantwortlich.

Auf die ohne Störungen verlaufenen Versammlungen des BHE und der SRP folgt heute die Kundgebung der SPD, morgen der CDU und am Samstag die Versammlung der DVP.

„Schwerpunktgemeinden“ erhielten Baudarlehen

Bürgermeister des Landkreises tagten in Ettlingen

In der Bürgermeisterversammlung des Landkreises, die gestern auf dem Ettlinger Rathaus stattfand, wurden die für das Wohnungsbauprogramm vom Staat als „Schwerpunktgemeinden“ erklärten Orte bekanntgegeben. Im Albgau erhielten: Bruchhausen 7000 DM, Busenbach 6000 DM, Ettlingen 527 000 DM, Ettlingenweiler 44 000 DM, Langensteinbach 18 000 DM, Malsch 83 000 DM, Morsch 35 000 DM, Neuburgweiler 12 000 DM, Oberweiler 4000 DM, Reichenbach 6000 DM. Im übrigen Teil des Landkreises Karlsruhe sind Neureut, Weingarten, Grötzingen und Pfingsttal zu Schwerpunkten erklärt worden. Die mit Darlehen geförderten Gemeinden haben zusätzlich Umsiedlerfamilien aufzunehmen. Die Schaffung von Arbeitsplätzen und Wohnungen soll dadurch auf bestimmte Orte konzentriert werden, während die übrigen Gemeinden entlastet werden. Nicht gefördert werden im Albau Auerbach, Burbach, Etzen-

rot, Pfaffenrot, Schellberg, Schluttenbach, Schöllbronn, Spessart, Spielberg, Sulzbach und Völkersbach. Wie Reg.Rat Höllen mitteilte, wird die Aufsicht noch strenger durchgeführt werden, damit Baugenossenschaften und private Bauherren etwas planvoller als bisher bauen. Im nächsten Jahr soll das private Bauen stärker berücksichtigt werden. In der Diskussion kamen die Ansichten der zwei Gruppen von Gemeinden sehr lebhaft zum Ausdruck, doch gelang es Landrat Groß, den sachlichen Gesichtspunkten zur Anerkennung zu verhalten.

Geschäftsführer Leiser vom „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge“ dankte den Gemeinden für die Förderung der Grabpflege und erläuterte die Aufgaben des Volksbunds. In weiteren Referaten wurde die Jagdverpachtung und die Besoldungsordnung behandelt.

wurden einstimmig gewählt: Zum 1. Vizepräsidenten Schlosser-Obermeister Josef Armbrust, zum 2. Vizepräsidenten Bäcker-Obermeister Gustav Dennig.

Es gibt 350 000 Einzelhandelsbetriebe

Die Zahl der Einzelhandelsbetriebe im Bundesgebiet wurde von der „Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels“ mit rund 350 000 angegeben. Hierbei sind 100 000 Gewerbetreibende des ambulanten Handels nicht mit einbezogen. 1933 gab es im heutigen Bundesgebiet 450 000 Einzelhandelsbetriebe. Die Zahl der im Einzelhandel beschäftigten Personen ist von 1933 bis Anfang 1952 jedoch von 1,85 Millionen auf etwa 1,1 Millionen gestiegen, was auf die Vergrößerung vieler Betriebe zurückzuführen wird. 1933 kamen auf einen Einzelhandelsbetrieb 78 Einwohner, 1939 waren es 90 und 1950 sogar 102 Einwohner.

Bundesregierung soll Holz importieren

Der Landesgeschäftsführer des Innungsverbandes der Zimmerleute in Württemberg-Baden, Dr. Merkert (Stuttgart), verlangte dieser Tage von der Bundesregierung, Holz zu importieren. Dadurch könnten die Holzpreise im Inland erheblich gesenkt werden. Dr. Merkert sagte, die Beschäftigungslage im Handwerk sei gegenwärtig sehr schlecht. Das Zimmerhandwerk leide unter einem ständigen Mangel an Aufträgen. Dafür sei das Ansteigen der Holzpreise mitverantwortlich. Was die Bundesregierung bisher durch Vereinbarungen und Verordnungen auf dem Holzmarkt zu erreichen versucht habe, sei mißlungen und habe zu einer Niedertage der Regierung geführt.

Der neugewählte Vorstand der Handwerkskammer Karlsruhe

wählte in seiner ersten Sitzung am 29. Febr. die beiden Vizepräsidenten der Kammer. Es

Kleines ABC der Wundbehandlung

Was die Hausfrau und Mutter wissen muß

Immer wieder kommt es in der Familie vor, daß sich der eine oder andere eine kleine Verletzung zuzieht. Da gibt es aufgeschlagene Knie, gequetschte Finger, Rißverletzungen durch Splitter, Schnittwunden durch Scherben und Messer und viele ähnliche kleine Unglücksfälle, bei denen es blutet, weh tut, und Geschrei gibt. Mutti soll helfen . . . ! Hoffentlich versteht sich die Mutti aber auch auf diese Kunst! Gewiß auch eine noch so falsch behandelte Wunde heilt eines Tages ab. Aber wie oft könnten doch lästige Entzündungen, Eiterungen oder gar Schlimmeres verhütet werden, wenn eben alle Muttis die wenigen wichtigen Grundregeln der Wundbehandlung genau beherrschen würden. Und welche sind das nun?

Die alte Unsitte, frische Wunden zum Ausspülen unter die Wasserleitung zu halten, ist leider immer noch weit verbreitet. Die Annahme, auf diese Weise eine äußerlich hübsch saubere und ordentliche Wunde zu bekommen, ist trügerisch, denn in Wirklichkeit werden auf diese Weise noch mehr Krankheitskeime in die Wunde hineingespült. Nur bei besonders starker Verschmutzung ist ein kurzes Ausspülen mit verdünnter Wasserstoffsuperoxydlösung, die in jeder Drogerie erhältlich ist, ratsam. Ist dagegen die Wunde erst einmal abgetrocknet und mit einer Schorfruste bedeckt, so bringt jede künstliche Anfeuchtung nur Schaden und begünstigt die Bakterieninfektion.

Wie sieht es mit der Anwendung der beliebten alten Jodtinktur? Man tut gut daran, nur das Hautgebiet unmittelbar um die Wunde herum mit Jod zu bepinseln, in die Wunde selbst aber kein Jod hineinzugeben. Jod hat nun einmal eine starke örtliche Reizwirkung auf das Gewebe und es empfiehlt sich daher, in die Wunde selbst einen reißlosen Sulfonamidpuder zur Bakterienlösung hineinzugeben. Etwas anderes ist es, wenn bei einer Riß- oder Platzwunde die Wundränder weit auseinanderreichen. Dann zieht man am besten einen Arzt zu Rate, der die Wunde mit ein paar Fäden zunäht und dadurch den Heilungsprozess bedeutend beschleunigt. Dies gilt insbesondere für klaffende Wunden am Kopf und im Gesicht. Wer diese Wundnaht versäumt, muß mit recht unschönen Narbenbildungen rechnen. Sie muß allerdings möglichst innerhalb von sechs Stunden nach der Verletzung ausgeführt werden, da später die Infektionsgefahr schon zu groß ist. Im übrigen, keine Angst vor solch einem harmlosen Eingriff, der in örtlicher Betäubung ohne den geringsten Schmerz ausgeführt werden kann!

In verhältnismäßig seltenen Fällen kann es auch nach geringfügigen Verletzungen zu dem gefährlichen Wundstarrkrampf kommen. Es empfiehlt sich daher, bei stark verschmutzten Wunden vorsorglich eine Serumspitze zu geben, die den Ausbruch des Wundstarrkrampfes verhindert. Dr. med. W. E.

Zur Steigerung der Gartenbau-Erzeugung

Die Bundesregierung hat dem Bundesrat den von ihr ausgearbeiteten Entwurf eines „Gesetzes zur Ordnung der Gartenbauwirtschaft“ zugeleitet. Das Gesetz legt u. a. geschlossene Anbaugelände fest und gibt die Möglichkeit, die Einfuhr gewisser Gartenbaugeräte einzuschränken. Außerdem bezweckt es eine Steigerung der deutschen Gartenbau-Erzeugung.

Bereins-Nachrichten

KPD. Am Donnerstag, 6. März, um 20 Uhr spricht im Gasthaus zum „Engel“ bei der öffentlichen Wahlversammlung Eugen Seidt (Karlsruhe) über das Thema „Wehrpflicht führt zum Krieg — Gesamtdeutsche Beratungen sichern den Frieden“.

Luftsportverein Albgau. Am Samstag, den 8. März, 20 Uhr, im Gasthaus zum „Alten Frit“ erste diesjährige Mitgliederversammlung. Mitglieder und Anhänger sind herzlich eingeladen.

Das Evang. Jungmännerwerk zeigt am Freitag, 7. März, 17 und 20 Uhr den vom CVJM gestalteten Film „Kreuzritter heute“, der einen Überblick der christlichen Jugendarbeit vermittelt.

Gesangverein „Sängerkranz“ Spinnerei. Heute Donnerstag 20 Uhr Singstunde. Da der Chorleiter mit einem neuen Lied beginnen will, wird um vollzähliges Erscheinen aller Sänger gebeten.

Das Volk entscheidet!

Prof. Dr. Erik Nölting

Alex Möller

1. Vorsitzender des württemberg-badischen Finanzausschusses

Emil Arheit

Kandidat der SPD im Wahlkreis Karlsruhe-Land

Wir erwarten Euch alle!

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Ueber die Bedeutung der Wahl am 9. März 1952 sprechen in der **Stadthalle Ettlingen** am **Donnerstag, 6. März, 20 Uhr**

Aus der badischen Heimat

Gefängnis für „Ost-Express“-Herausgeber

Mannheim (Isw). Das Schöffengericht Mannheim verurteilte den 27jährigen Journalisten Wolf unter Zuhilfenahme mildernder Umstände wegen Versuchs der Erpressung zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten. Der Angeklagte war von Österreich nach Westdeutschland gekommen, um eine antikommunistische Zeitung herauszubringen, zu deren Finanzierung ihm jedoch die Mittel fehlten. Als ihm sein künftiger Schwiegervater 30 000 DM Mitgift in Aussicht stellte, gab er zwei Auflagen seines „Ost-Express“ heraus, stand aber nachher mit ansehnlichen Schulden und ohne Geld da. Um sich die erforderlichen Mittel für seinen „Kampf gegen den Kommunismus“ zu beschaffen, versuchte er, den Generaldirektor der Borgward-Autowerke durch Drohungen zu zwingen, Inserate im Ost-Express zu veröffentlichen.

Presseball erbrachte 17 700 DM

Mannheim (Isw). Der zugunsten der Tombola für den Wiederaufbau des Nationaltheaters veranstaltete Bühnen- und Presseball erbrachte einen Reingewinn von 17 675 DM. Der Gesamterlös wird der bereits gespendeten Summe von 70 000 DM für die Tombola des Nationaltheaters zugegeben. Von April bis Mai werden in Mannheim Lose zu je 50 Pfennigen verkauft.

Schloßpark soll Naturbühne werden

Weinheim (Isw). Die kommunalpolitische Arbeitsgemeinschaft der SPD-Fraktion des Weinheimer Stadtrats hat am Dienstag vorgeschlagen, den Weinheimer Schloßpark zu einer Naturbühne auszubauen und durch regelmäßige Aufführungen zu einem Bestandteil der Fremdenverkehrswerbung zu machen. Der Schloßpark ist Eigentum der Stadt und liegt am Rande des in ganz Deutschland bekannten Weinheimer Exotenwaldes.

Ein recht strapazierter Liebespfad

Heidelberg (Iid). Von der Bahnhofstraße aus wollte ein 24jähriger junger Mann in angetrunkenem Zustand über neun Häuser hinweg von außen in das Zimmer seiner Verlobten gelangen. Der nächtliche Ausflug über den Dächern von Heidelberg endete mit einem Absturz des tollkühnen Kletterers, der schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt wurde.

Schwere Waldschäden durch Schneebruch

Mosbach (Iwb). In den Mosbacher Wäldern sind durch Schneebruch mehrere tausend Festmeter Stammholz geknickt worden. Die Waldbesitzer des Kreises verlangten, daß diese Holz so schnell wie möglich aufgearbeitet werden, damit ein größerer Schädlingsbefall vermieden werden kann. Die Lücken sollen sofort wieder aufgeforstet werden. Auf einer Versammlung der Waldbesitzer wurde darauf hingewiesen, daß der Staat für solche Zwangsmaßnahmen erhebliche Steuererleichterungen gewährt.

Konfessionsstreit um einen Kandidaten

Mosbach (Iwb). Um die Kandidatur der katholischen Stadtpfarrers und Dekans Josef Krämer in Mosbach bei der kommenden Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung ist es in Mosbach zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den evangelischen und den katholischen Kirchenmitgliedern gekommen. Der evangelische Pfarrer Dr. von Peter gab auf einer Versammlung der evangelischen Gemeinde Mosbach bekannt, daß die Kandidatur Krämers Überraschung und Befremden ausgelöst habe. Es wurde betont, daß sich die evangelische Bevölkerung des Kreises in die Defensive gedrängt fühle, und daß die evangelischen Christen nicht zu „Mitträgern einer katholischen Machtpolitik“ gemacht werden wollten. Die Nominierung eines solch prominenten Katholiken in Mosbach, das zu nahezu fünfzig Prozent evangelisch sei, müsse Un-

willen erregen. In den Kreisen Buchen und Tauberbischofsheim, wo die Katholiken in der überwiegenden Mehrheit seien, hätte eine solche Nominierung eher verstanden werden können.

Vom Hunger getriebene Hirsche

Pforzheim (Isw). In verschiedenen Gemeinden des nördlichen Schwarzwaldes wurden in den letzten Tagen erschöpfte Hirsche gesichtet, die sich vom Hunger getrieben in die Nähe menschlicher Behausungen wagten. Bei Enzklosterle wurde einer der Hirsche von einem Hund angefallen und getötet. In den nördlichen Teilen des Schwarzwaldes gelten diese Tiere bereits seit einigen Jahren als ausgestorben.

Der vermutliche „Totogewinn“

Säckingen (Isw). Eitel Freude herrschte im Hause von zwei Brüdern in einer Ge-

meinde des Kreises Säckingen, als ihnen dieser Tage der Briefträger einen Brief der Bayerischen Totogewinn-Gesellschaft brachte, in dem sich gleich zwei Schecks über 83 700 DM befanden. Als einer von ihnen zur Sparkasse eilte, um den Geldsegen abzuheben, machte man ihn dort jedoch schmunzelnd darauf aufmerksam, daß es sich bei der vermeintlichen Geldanweisung um einen Tippschein handle, auf dessen Rückseite man als Reklame den bewußten Scheck abgedruckt habe. Die Enttäuschung war so groß, daß der „Totogewinner“ erst noch einmal zu einer andern Bank ging, um sich den Sachverhalt bestätigen zu lassen. Die beiden Brüder waren felsenfest davon überzeugt, bei der Kontrolle der Gewinnkolonnen nicht richtig aufgepaßt und deshalb gar nicht gemerkt zu haben, daß ihnen der Hauptgewinn zugefallen war.

„Wer fernbleibt, entscheidet mit“

Erzbischof Dr. Rauch zum 9. März

Freiburg (CND). Nach dem gemeinsamen Hirtenwort der beiden katholischen Bischöfe des künftigen Südweststaats, Dr. Wendelin Rauch (Freiburg) und Dr. Carl Joseph Leiprecht (Rottenburg) wendet sich der Freiburger Erzbischof Dr. Wendelin Rauch nochmals in einem eigenen Hirtenbrief zur Wahl der Verfassungsgebenden Versammlung an die Katholiken Badens.

Wahlmüdigkeit oder Unentschlossenheit seien in einer so entscheidenden Stunde unverantwortlich und bedeuten eine große Gefahr für die christliche Zukunft des neuen Bundeslandes. „Kein verantwortungsbewußter Katholik darf deswegen an der Wahlurne fehlen“. Von seiner Stimme hänge es ab, ob die Verfassungsgebende Landesversammlung die genügende Anzahl von Männern und Frauen haben werde, um den christlichen Grundsätzen im gesamten Leben des Landes und Volkes Geltung und Anerkennung zu verschaffen.

Der Freiburger Erzbischof ruft seine Diözesanen auf, nur solche Männer und Frauen zu wählen, die fähig seien, sich in ihrer politischen Arbeit nach den Grundsätzen des Christentums zu richten. Nicht Schlagworte dürften den Ausschlag geben, sondern einzig und allein die Stimme des Gewissens. Auch wer der Wahl fernbleibe, entscheide mit. Er schwäche dadurch die christliche Front und helfe so den Gegnern des Christentums und der Kirche.

Bundespolitiker über den Südweststaat

Es gilt das neue Staatswesen verfassungsmäßig zu untermauern

Karlsruhe (Iids). Die am vergangenen Wochenende einsetzende Flut von Wahlversammlungen, auf denen fast sämtliche Bundesminister und namhafte Vertreter der großen Parteien sprachen, hat in dieser Woche nicht nachgelassen. Während in Bonn die politische Tätigkeit ruht, hat sich die Aufmerksamkeit des In- und Auslandes mehr und mehr auf die Ereignisse in Südwestdeutschland konzentriert und man erwartet mit Spannung den Ausgang der Wahlen am 9. März.

In einer FDP-Wahlversammlung in Weinheim bezeichnete der Vizepräsident des Bundes, Dr. Schäfer, den kommenden Südweststaat als einen Grenzstaat nach Westen, der gerade im Hinblick auf ein größeres vereinigtes Europa eine völkerverbindende Aufgabe habe und auch wesentlich zur Schaffung und Erhaltung eines einzigen Europas beitragen könne. Schäfer kritisierte außerdem die Sozialdemokratische Partei, die die Leistungskraft des Volkes durch eine „negierende Widersacherlei“ zerstöre. Der Sozialismus sei einmal der Kanker des Weltbürger-

tums gewesen. Es sei aber inzwischen zu kleinteiligen Nationalismen zurückgefallen.

Ausland am Wahlausgang interessiert

Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Kaiser, erklärte in einer gut besuchten CDU-Versammlung in Ulm, das Ausland warte mit Spannung auf den Ausgang der südwestdeutschen Wahlen. Die CDU habe die Absicht, aus dem Südweststaat ein Vorbild für echten Föderalismus zu machen. Die Tradition der einzelnen Länder wolle sie dabei achten. Zur

Ausschluß der Öffentlichkeit verlangt

Der dritte Tag des Klingenschmidt-Prozesses

Freiburg (Isw). Am dritten Tag des Prozesses Klingenschmidt vor der Großen Strafkammer des Landgerichts Freiburg, kamen verschiedene Belohnungen zur Sprache, die Klingenschmidt an den mitangeklagten Vertrauensmann Dünnhaupt und die Agenten Brömme und Koneth gegeben hatte. Klingenschmidt gab an, daß Dünnhaupt für die Mitarbeit an aufgedeckten Schmuggelgeschäften eine zehnprozentige Entschädigung verlangt habe, die ihm auch jeweils gewährt worden sei. Auch im Falle Steinblock habe Dünnhaupt Anspruch auf eine Belohnung von 5 200 DM gehabt.

Bei diesem Fall handelt es sich um eine im Jahre 1949 von dem Hamburger Kaufmann Steinblock eingeleitete illegale Ausfuhr von 116 Fotoapparaten nach der Schweiz, die mit einem Wert von 52 000 DM an eine Hamburger Bank verpfändet waren. Die von der südwestdeutschen Zollfahndung beschlagnahmten Apparate wurden später durch eine Verfügung der Oberfinanzdirektion Freiburg freigegeben. Vor kurzem hatte Steinblock einen in dieser Angelegenheit gegen den badischen Staat angestregten Zivilprozeß gewonnen. Zuvor hatte sich Steinblock in einem Unterwerfungsverfahren mit der Einziehung der Fotoapparate und zur Zahlung einer Unterwerfungssumme von 10 000 DM einverstanden erklärt. Nachdem er aber erfahren hatte, daß das ganze Geschäft von Dünnhaupt gestellt worden war, strengte Steinblock einen Prozeß gegen den badischen Staat an.

Auf den Vorhalt des Gerichtsvorsitzenden, daß es sich in diesem Angelegenheit um ein provokiertes Geschäft gehandelt habe, bei dem eine Belohnung an Dünnhaupt eigentlich hätte ausscheiden müssen, sagte Klingenschmidt, die Fotoapparate seien mit Rücksicht auf die Interessen der Hamburger Bank freigegeben worden, und nicht deshalb, weil Steinblock ein illegales Ausfuhrgeschäft habe betreiben wollen.

Bundespolitik sagte der Minister, die Leistungen der Regierung fänden im Ausland größere Anerkennung als im eigenen Land. Das gegenwärtige Verhältnis zwischen Regierung und Opposition nannte Kaiser ein nationales Unglück.

Sparsame Verwaltung und wenige Minister

Bundesjustizminister Dr. Dehler forderte in Wangen für den künftigen Südweststaat eine sparsame Verwaltung mit wenigen Ministern. Dehler mahnte zur Vorsicht bei der Einrichtung von Mittelinstanzen und sprach sich für die Verlagerung möglichst vieler staatlicher Aufgaben auf die Kreise und Gemeinden aus.

Demokratie in Deutschland verankern

Bundestagspräsident Dr. Ehlers wies auf einer Wahlkundgebung der CDU in Stuttgart auf die Bedeutung der Wahl vom 9. März für die politische Entwicklung in der Bundesrepublik hin, bedauerte aber, daß der Wahlkampf neuerdings nur mit den Parolen der Bundespolitik geführt werde. Dr. Ehlers sah hierin eine Vernachlässigung der Interessen der Gemeinden und Länder und betonte, in erster Linie gehe es darum, im deutschen Südwesten jetzt ein Staatswesen verfassungsmäßig zu untermauern. Der Bundestagspräsident forderte die Deutschen auf, endlich mit der Schrebergartenpolitik Schluß zu machen und dem substanzlosen Radikalismus von rechts und links kämpferisch entgegenzutreten. Es sei deshalb entscheidend, daß jeder Staatsbürger seiner Wahlpflicht nachkomme, um die Entstehung eines politischen Vakuum zu vermeiden, das erfahrungsgemäß meistens von unkontrollierbaren politischen Kräften ausgefüllt werde.

Es geht um 29 000 DM

Die Vernehmung des Hauptangeklagten Klingenschmidt wurde mit dem Anklagepunkt beendet, der Klingenschmidt die Unterschlagung von 29 000 DM sowie die Fälschung von Zullingsunterschriften vorwirft. Der Mitangeklagte, Koneth, war als Agent sowohl für die französische wie auch für die deutsche Zollfahndung tätig und hatte von beiden größere Summen an Belohnungsgeldern zu bekommen. Darunter befanden sich auch die 19 000 DM, die er von der deutschen Zollfahndung für Mithilfe an der Aufdeckung von drei großen Schmuggelgeschäften erhalten sollte. Nach den Aussagen des Angeklagten soll der französische Zollkapitän Hamann Klingenschmidt gebeten haben, Koneth wenigstens einmal diese 19 000 DM auszuhändigen, da die französische Zollbehörde für ihre Verpflichtungen gegenüber diesem Agenten zur Zeit kein Geld zur Verfügung habe. Klingenschmidt sagte, er habe Koneth die 19 000 DM auf Heller und Pfennig gegen Unterschrift ausgehändigt, Koneth dagegen zögerte, sich zu den ihm vorgelegten Unterschriften zu bekennen. Außerdem bemerkte er, daß er nicht mehr wisse, wieviel Geld er von Klingenschmidt insgesamt erhalten habe. Diese Angelegenheit muß nun noch durch die Vernehmung von Zeugen und Gutachten von Schriftensachverständigen geklärt werden.

Die französische Besatzungsmacht verlangte im Freiburger Schmuggelprozeß den Ausschluß der Öffentlichkeit und der Presse, als das Gericht zwei Franzosen, deren Namen nicht bekannt sind, als Zeugen vernehmen wollte. Der eine Franzose war in Offiziersuniform. Im Verlauf des Prozesses war bereits mehrfach von der Tätigkeit der französischen Zollbehörde die Rede. Unter anderem behauptete der angeklagte Baseler Kaufmann Koneth, der selbst als „V-Mann“ tätig war, er habe vier von sechs Schmuggelaktionen im Auftrag des französischen Offiziers Hamann ausgeführt.



Copyright by Carl Duncker, Berlin, durch Verlag v. Oraberg & Görg, Wiesbaden

(49. Fortsetzung)

Falk verbrachte sein Erschrecken durch einen hastigen Griff nach dem Handtuch. Viktoria fiel ihm ein. Aber er verscheute den Gedanken sofort. „Unsin!“ knurrte er, „wie kann man einen solchen Unsinn machen.“

„Ja“ erwiderte Valenc und seufzte melancholisch, „es ist ein trauriger Unsinn, weil man ihn meist nicht wieder gutmachen kann. Wir alten Leute finden ihn dumm, weil wir uns von den Gefühlen der Jugend schon allzu weit entfernt haben.“

„So? Meinen Sie das?“ Ein ironischer Blick Falks streifte Valenc.

„Ich fürchte es. Wenn man einmal alt ist, betrachtet man das Leben doch aus anderen Gesichtswinkeln. Man begreift weder die Leidenschaft, noch den Schmerz, den ein junges Menschenherz empfindet. Man überhebt sich in der kühlen Weisheit, die man durch viele Jahre seines Lebens bekommen zu haben meint. Empfinden Sie das nicht auch?“

„Ja, man ist klüger und reifer geworden. Man gibt allen Dingen das richtige Gewicht. Man läßt seinen Verstand die Oberhand gewinnen.“ Mißtraulich blickte er zu Valenc hinüber, weil er den Eindruck hatte, als kichere der Mann in sich hinein.

„Natürlich — Sie sind ein Wissenschaftler, Herr Doktor. Ich verstehe Sie vollkommen. O — glauben Sie nicht, daß ich die Wissenschaft unterschätze. Aber ich habe in meinem Leben sehr oft die Erfahrung gemacht, daß viele Leute in den Fehler verfallen, den Verstand zu überschätzen. Das Leben ist bunt und vielseitig. Es ist eine ungeheure Symphonie, in der alle Stimmen zur Geltung kommen wollen. Mal diese — mal jene. Einseitigkeit ist ein schlimmes Wort.“

Falk versuchte hin und her zu gehen, wie immer, wenn er überzeugen wollte. Aber er mußte den Versuch aufgeben. Der Raum war viel zu klein. So setzte er sich an den Tisch und trommelte leise mit den Fingerspitzen. „Ich hätte nicht gedacht, so interessante Belehrungen hier zu hören“, sagte er belustigt und ein wenig von oben herab.

Nach seiner Gewohnheit zog Valenc die Beine hoch und umschlang sie mit den Armen. „Aber, Herr Doktor, wie könnte ich Sie belehren wollen! Ich habe nur meine Meinung zum Ausdruck gebracht. Ich würde nie versuchen, jemanden zu belehren. Ich zeige nur auf. Das ist mein Beruf. Seht dieses und jenes — und vergleicht! Die neue, fremde Welt, die wir Artisten zeigen, die ist es ja, die uns Menschen so viel geben läßt. Plötzlich, wenn der Zirkus kommt, werden sie aus dem Trott des Alltags gerissen. Da gibt es also Menschen, die etwas ganz anderes tun als wir, sagen sich die Besucher, etwas, von dem wir keine Ahnung haben, daß man sich damit beschäftigen kann. Und doch bekommen sie dadurch ein Verständnis für das unvergängliche Wort: Am farbigen Abglanz haben wir das Leben!“

Den Kopf sinnend in die Höhe gestützt, hatte Falk zugehört. Er schweig auch noch eine ganze Weile, ehe er fragte: „Was für ein Artist sind Sie denn?“

„Ich bin der dumme August!“ erwiderte Valenc, und jetzt kicherte er wirklich.

Die Tür des Wohnwagens öffnete sich, und Peter kam herein. „Ich habe mich nach Möglichkeit beeilt, Herr Doktor.“

Falk nahm ihm das Paket aus der Hand. „Warten Sie bitte auf mich.“ Er verschwand hinter dem Vorhang.

Erstaunt sah Peter den Clown Valenc an, der immer noch grinsend den Mund verzog. „Was bist du so vergnügt?“ flüsterte er. „Ich meine, es ist doch wirklich kein Grund dazu.“

„Doch, mein Freund Peter.“ Er schnitt eine Fratze, daß sein Gesicht wie mit Essig über-gossen schien. „Dein künftiger Schwiegervater ist ein Bursche von unendlichem Hu-

mor. Wir haben uns ausgezeichnet verstanden.“ Ebe Peter eine Frage stellen konnte, öffnete Falk den Vorhang. „Sie brauchen sich keine weitere Sorge zu machen. Der Patient braucht Ruhe und Erholung. Freude — wenn es irgend geht!“

Mit einem kleinen, weichen Sprung setzte Valenc über die Sofalehne. Er streckte die Hand aus.

„Ich danke Ihnen, Herr Doktor.“

Falk knurrte etwas von selbstverständlicher Pflicht und wandte sich an Peter Brest. „Wo können wir ungestört sprechen?“

„Vielleicht gehen wir draußen ein wenig auf und ab, Herr Doktor.“

Der Arzt gab Valenc noch ein paar Anweisungen, dann bückte er sich, um durch die niedrige Tür zu kommen und Peter Brest zu folgen.

In der Wagengasse standen sie sich gegenüber, beide gleich groß, sahen sie sich in die Augen.

Falk fand nicht die rechten Worte. Er hatte ein wenig den Mut verloren, mit Peter zu sprechen. War es sinnlos, sich gegen die Jugend aufzulehnen? Aber nein — er war im Recht!

„Meine Tochter hat mir gesagt...“ Er verstummte, fing aber sogleich von neuem an. „Sie müssen es selbst einsehen, daß eine Heirat unmöglich ist. Wie könnten Sie meiner Tochter ein Leben bieten, das ihrer Erziehung und Ihren Ansprüchen gerecht wird?“

Peter mußte lächeln. Das Urteil Valencs über seinen zukünftigen Schwiegervater fiel ihm ein. Aber das Lächeln erlosch sofort wieder. „Ich verstehe Ihre Besorgnisse, Herr Doktor.“ Seine tiefe Stimme wurde herzlich und warm. „Ich kann nur eins sagen: Viktoria wird in dem Leben, das ich ihr bieten kann, glücklich werden.“

Abwehrend hob Falk die Hand. Den Kopf gesenkt, schritt er neben Peter in der Wagengasse auf und ab. Unbehaglich schüttelte er sich in den Schultern. „Ich weiß, die Jugend steckt voller Glauben. Sie verlangt keine

Begründung für ihre Hoffnungsfreudigkeit. Aber welches Leben würde meine Tochter führen? Unstet — zu ihrem ganzen Wesen nicht passend.“ Plötzlich meinte er die Stimme seiner Frau zu hören, die sich anklagend gegen ihn wandte. „Nicht passend, du alter Pedant!“ Falk seufzte und wußte, daß diese Stimme recht hatte. Viktoria hatte das abenteuerliche Blut ihrer Mutter.

Immer hatte er gedacht, das Leben sei eine Rechenaufgabe, die man nur richtig auflösen brauche, damit sie glatt aufgehe. Von seiner Frau Marianne war er anders belehrt worden. Er hatte sich nicht gefügt und hatte Marianne verloren. Wenn er Viktoria behalten wollte, mußte er sie diesem Manne geben. Unwillkürlich war er stehengeblieben. Ein schneller Blick streifte das Gesicht Peters, der den Kopf in den Nacken gelegt hatte und zu dem samt dunklen Himmel empor sah.

Falk räusperte sich. „Ihr glaubt beide, glücklich zu werden, wie?“

„Wir wollen uns dem Leben anvertrauen“, erwiderte Peter leise, „ist es nicht ganz gleich, wie und wo man das Leben anpackt? Ist es im Grunde nicht ganz gleich, wo man im Leben steht? Ich bin nicht leichter Herzens Artist geworden, ich gebe es zu. Es hat lange gedauert, bis ich diesen Beruf liebte. Aber nun könnte ich ihn mit keinem anderen mehr vertauschen. Sie müssen sich damit abfinden, daß Ihre Tochter einen Artisten heiratet.“

Falk machte sich keine Illusionen mehr, als er das bähende, willenstarke Gesicht Peters ansah. Er erinnerte sich an das einzige Mal, da er den Zirkus besucht und Orlando hatte reiten sehen. Welch ein wagemutiger Mann! — hatte er damals gedacht. War Mut nicht die höchste Eigenschaft, die ein Mann überhaupt besitzen konnte?

Und Viktoria hatte gewählt...

„Meine Tochter erwartet mich zu Hause“, sagte er ganz schlicht, „kommen Sie mit! Wir wollen alles mit ihr besprechen!“

(Schluß folgt)

AUS UNSERER HEIMAT

Gefährliche Pürsch auf den Herrn unserer Wälder

Wie die Wildsauern gejagt werden — Ein Waidmann erzählt seine Erlebnisse

Als Oggersheim noch am Rhein lag
Oppau und Edigheim gehörten zum Lobdengau

Auf alten Karten findet man noch einen Rheinlauf eingezeichnet, der sich gegenüber von Sandhofen in pfälzisches Gebiet erstreckt und zwischen Petersau und Friesenheim eine große Schlinge bildet. Oggersheim lag an seinem linken Ufer. Zwei uralt Dörfer lagen in dieser Altrheinschleife, die längst verschwunden ist, da sich der Strom einen kürzeren Weg suchte. Schon in vorrömischer Zeit muß die Gegend besiedelt gewesen sein, denn man fand bei Oppau Hügelgräber aus der La Tène-Zeit außer Einzelgrabungen römischer Herkunft. In den Urkunden des Klosters Lorsch werden die Orte Otdinheim und Obfowa mehrfach als zum Lobdengau gehörend bezeichnet, doch muß sich etwa im neunten Jahrhundert eine Verpflanzung vollzogen haben, denn in einer Schenkung des Königs Arnulf vom Jahre 888 wird Oppau bereits zum Wormsgau gerechnet.

Das Kloster Lorsch hatte hier wie fast überall in der Umgebung reichen Besitz, der in der Folgezeit als Lehen vergeben wurde. So waren die Pfalzgrafen und der Deutsche Ritterorden in Edigheim begütert, später auch das Kloster Schönau bei Heidelberg. Im Mittelalter hatten die Ritter von Oberstein ein Mannlehen in Edigheim; nach ihrem Aussterben folgten die Grafen von Lechrain, die es an die Freiherren von Hundheim verkauften. Ähnlich lagen die Verhältnisse in Oppau. Aufschlußreich ist ein Kaufvertrag vom Jahre 1232, wonach der Abt von Schönau dem Edeln Johann von Siberg 270 Pfund Metzger Pfennige für ein Gut zu Oppau bezahlte, dessen Grundstücke teils auf der linken, teils auf der rechten Seite des Rheines lagen. Zum Oppauer Markungs- und Gerichtsbann gehörten auch die ehemaligen Inseln Scharau und Petersau. Beide Orte standen in kurpfälzischer Zeit unter der „Ober- und Untergerichtsbarkeit“ Oggersheim des Oberamts Neustadt.

In den Regesten des Klosters Schönau erscheint Oppau ziemlich oft, zum Teil mit recht originellen Eintragungen. Von 1196 datiert die Schenkung der bei dem pfälzgräflichen Gut zu „Opphawe“ gelegenen Rheininseln an das Kloster, aus deren Ertrag dieses die Kerzen für zwei Altäre zu stellen hatte. Auch von einem Weingarten ist die Rede, von dem der Meßwein zu nehmen sei. Wegen der zwei Rheininseln entstand später ein Streit, der zugunsten des Klosters geschlichtet wurde. Weiteren Besitz in Oppau erwarb das Kloster Schönau, als es 1238 nach dem Ankauf des Sibergschen Allodiales eine Schenkung von Pfalzgrafen Otto erhielt. Im fünfzehnten Jahrhundert hatten Oppau und Edigheim noch Wald, worüber eine Hiebordnung mit dem Abt zu Schönau vereinbart wurde.

Heute haben die beiden Ortschaften ihren dörflichen Charakter als eingemeindete Vororte der Großstadt Ludwigshafen längst verloren; auf ihrem Gebiet befinden sich umfangreiche Werksanlagen der Badischen Anilin- und Sodafabrik, und die alten Wohngebiete sind durch Arbeiterwohnungen beträchtlich erweitert.

Pfälzische Generale aus alter Zeit

Baron de Landoville, Michael Geither und die beiden Hartmann

In der Zeit Napoleons I. hat die Pfalz dem französischen Heer eine stattliche Reihe hervorragender Offiziere gestellt. Zu ihnen zählt auch der nach seiner Geburtsstadt Landau ehrenhalber benannte Baron de Landoville. Er war als Philipp Jakob Stillel am 28. Dezember 1772 zu Landau geboren. 21 Jahre alt trat er 1791 in den Militärdienst und wurde schon ein Jahr später Unterleutnant. In den folgenden Kriegsjahren nahm er an 15 Schlachten, 37 Gefechten und 8 Belagerungen teil, war dreimal kriegsgefangen und sechs-mal schwer verwundet. Erst 22 Jahre alt wurde er auf dem Schlachtfeld wegen seiner besonderen Tapferkeit zum Hauptmann befördert. Mit Auszeichnung machte er alle Kämpfe des italienischen Feldzuges mit und holte sich neuen Ruhm während der Expedition nach Ägypten. 1808 wurde er zum Obersten des Regiments Isenburg ernannt, das er mit starker Hand in kurzer Zeit zu einem Musterregiment umschuf.

Doch sein Frei-mut, seine deutsche Derbheit (rudesse germanique) mißfielen dem Kaiser, und er mußte tanenlos, „kaltgestellt“, in einer Art Verbannung zu Korfu bleiben, während die Schlachten von Eiling, Wagram, an der Moskwa geschlagen wurden. Hätte er nicht auch unter der kaiserlichen Ara noch die raube Schale (la rude écorce) des republikanischen Soldaten behalten, er wäre zu den höchsten militärischen Würden emporgestiegen.

1814 nach Frankreich zurückgekehrt, zog er sich nach 31-jähriger Dienstzeit 1822 in den Ruhestand zurück, von der neuen Regierung mit dem Charakter als General und dem Titel eines Barons de Landoville ausgezeichnet. In stiller Zurückgezogenheit lebte er vor den Toren Nancy's auf dem Lande, wie ein Patriarch inmitten seiner Familie, im Verkehr mit den geliebten Büchern seiner prächtigen Bibliothek und seinen Blumen. In den Augen der Menge ein Sonderling, war er nicht wenigen Armen ein wahrhaft guter Freund und großmütiger Wohltäter; in seiner äußeren, etwas rauhen Schale barg sich ein um so edlerer Kern. Er starb am 24. Juni 1847 zu Nancy.

Ein anderer General ist Michael Geither, der Onkel und Erzieher der beiden bayerischen Generale Valentin und Jakob Hartmann aus dem pfälzischen Malkammer. Auf pfälzisch-speyerischem Boden, zu Urstadt im heutigen Baden, am 10. November 1769 geboren, kam Geither mit seinen Eltern, schlichten Bauernleuten, bald nach seiner Ge-

neulich habe ich ihn gesehen, als ich hoch droben am Höhenweg in einen Pfad talwärts einbog. Da schob er sich schwarz und bedrohlich vor der weißen Kuffisse des Winterwaldes in die Lichtung, stand, drehte das massige Haupt nach mir her, lugte mich überrascht, unwillig an und ging schließlich einige Schritte auf mich zu, so daß mir keine Wahl blieb, als mich nach einem ersteigbaren Baum umzusehen. Denn ich erinnerte mich, wie mich als Bub ein unerschrockener Saujäger mit auf den Anstand genommen hatte und ihm ein grobes Schwein kam; er aber fehlte, vielmehr nur ins Geweide traf, das Tier plötzlich einen Haken schlug und uns wutenbrannt annahm. Knapp am Holzstoß vorbei, hinter den wir beide gesprungen waren, fuhr das rasende Wild und knackte erst dann in die Läufe, als es einen zweiten Treffer, diesmal im Blatt, hatte.

Aber das Wildschwein ist im allgemeinen nicht gefährlich, wenn man es in Ruhe läßt. Es nimmt mit seinem guten Gebör und vorzüglichen Witterung den Menschen schon von weitem wahr und weicht ihm aus. Wird

es aber angegriffen oder weidwund geschossen, mag sich einer versehen. Der Keiler reißt mit seinen messerscharfen Haulähnen, den „Gewehren“, Wunden bis auf die Knochen. Auch die weibliche Sau ist gefährlich, wenn sie Junge führt.

Ein Keiler also war es, der mir begegnete, ein Hauptschwein, denn er mußte an die sieben Jahre alt gewesen sein. Der Weidmann nennt nur das zweijährige männliche Tier Keiler, das dreijährige aber Keuler, das vierjährige angebendes, das vom fünften Jahr an hauendes oder gutes und das ab sieben grobes oder Hauptschwein. Die männlichen und weiblichen Tiere zusammen heißen Sauen, die weiblichen insgesamt Bachen, starke oder grobe.

Die jüngeren Sauen halten sich in Rudeln. Der Herr des Waldes aber tragt seine eigenen Wege. Nur zur Zeit der Paarung, in der Rauschzeit also, schlägt er sich zur Herde. Ich hatte seine Fährte oft schon gesehen. Sie ist nicht schwer zu erkennen. Im tiefen Schnee gleicht sie einer Fahrinne, ausgehöhlt wie ein Brunnenrog, denn das schwere Tier schwimmt

sozusagen durch die weiße Flut. Im niedrigen oder taugigen Schnee aber steht der Abdruck des Fußes groß wie der eines Kalbes und paarweise nebeneinander, denn die Sau tritt mit den Hinterfüßen auf die vorderen. Klar gezeichnet zeigen sich dabei die Hufe, eine halbe, längsgeteilte Ellipse, wie die Spur der Rehe, nur größer. Dahinter liegen klar getupft die Model der Afterklauen.

Ein Stück weit verfolgte ich den Pfad des alten Waldgnoms, dann ging ich ins Tal, die Jagdgesellen zu verständigen. Eine Stunde später setzten wir nach guter Überlegung einen Trieb an. Das Schwarzwild ist gewitzigt, und kein Fuchs ist schlauer als ein altes Schweinsauge. Leicht findet es eine Lücke in der Treiberkette und macht dann stur seinen Durchbruch. Unlängst war es, daß ein Tier auf einen Burschen losraute, ihm zwischen die gespreizten Beine fuhr und ihm etliche Meter mitnahm, so daß er, allerdings wie Eulenspiegel rücklings, hochstäblich auf der Sau forttrot.

Grell lag nun der Hufschrei unserer Knaben im unwegsamen Forst. Die Sauen bewuzgen das verfilzte Unterholz. Hier fühlen sie sich ungestört und haben ihre Rastplätze, in der Jägersprache Kessel geheßen. Es gehört Kenntnis des Wildbrauchs und der Fährten dazu, sie auszumachen. Im Sommer ist das fast unmöglich, zumal sie dann auch über weite Gebiete hin wecheln. Im Winter aber, wenn der Schnee jungfräulich ist und sich auf den schimmernden Flächen vielsagend die nächtlichen Wege des Waldgetiers, eigentümliche Ornamente, abzeichnen, ist es für Kundige nicht schwer, das langborstige Wild auf Grund seiner Spurrichtung einzukreisen, wenn auch dabei mit viel Geduld verfahren und oft weite Strecken zurückgelegt werden müssen.

Unser erster Trieb lief leer. Beim zweiten aber fuhr eine Bach mit sechs Jungen aus dem Gehölz und so schnell durch die Schneise, daß der überraschte Schütze nur noch eines der Frischlinge abschießen konnte. Da lag es nun mit den gelben Längsstreifen auf braunem Grunde und trieb den roten Schweiß in den weißen Schnee. Gierig umjaulten es die Hunde. Der geschossene Stammvater aber, das Hauptschwein, war, wie seine Fluchtspur zeigte, bergwärts entkommen. Auch der Rest war, klug die Deckung benützend, ins Weite gegangen.

Erst zwei Tage darauf zeigte sich das Wild wieder im Gäu. Im freien Feld, da wo die letztjährigen Kartoffelacker liegen, hatte es in der Nachrumgeworfene Krater an Krater stehen die schwarzen, erdigen Gebirge aus dem gleißelnden Harsch. Die Gewalt der Rüssel ist unvorstellbar. Im Sommer stülpen sie ganze Acker um, nicht allein des Kartoffel-fraßes wegen, sondern auf der Suche nach Engerlingen und dergleichen. Vom reisenden Korn aber streifen die gefräßigen Mäuler die Ähren, ausgenommen die der gebrannten Gerste, und sind die Sauen satt, wälzen sie sich lustvoll im stehengebliebenen Korn. Wenn der Bauer am andern Morgen etwa das Stück schneiden will, findet er es wie von schwerem Hagel getroffen. Die Tiere sind indessen durchaus nicht nur Vegetarier. Eine brutende Auerhenne, die, getreu ihrer Pflicht, das Nest nicht verläßt, ist ihnen ein Leckerbissen, und seitdem sie überhand nehmen, werden nur noch wenige Rehkittzen gesichtet.

Leidenschaftlich rückt ihnen daher der weidgerechte Jäger zu Leibe, angezogen übrigens durch die Besonderheit dieser Jagd, wenn sie auch nicht mehr das ist, was sie in den Zeiten war, als der Mann das Tier auf den Spieß, die „Saufeder“, anlaufen ließ, eine aufregende Partie! Aber wenn heute der Jäger auf den Augenblick wartet, wo ihm der Lärm der Treiber und die anschlagende Meute das schwarze Wild zubringen, so liegt doch noch etwas von jener dämonischen Romantik im Wald, das er hatte, als es neben den Sauen noch Büren und Wölfe gab, und wenn er nach vielen vergeblichen Pirschgängen schließlich in einer Nacht der jagenden Wolken im fahlen Mondlicht auf den alten Beschläger anhäuft, wenn die Berge sich dann den Wierhall des Kugelschusses zuwerfen, ist es wie Sage vom dunklen Schreigen in der Natur, die alles Leben, Zeugen und Vergehen umfaßt. Fr. R.

Nur Reineke Fuchs kam gut durch den Winter

Wenn selbst ein Langlaufsjeger zu Hause bleibt — Die Winterkatastrophe im Schwarzwald

Seit 19 Jahren sitzt der Wirt der „Martinskapelle“ auf seinem Hof, aber einen solchen Winter hat er noch nicht erlebt. Die Landbriefträger im Schwarzwald sind zähe Männer, denn sie müssen tagaus, tagein über Berge und Täler von Hof zu Hof. Das Wetter spielt in ihrem Dienstplan keine Rolle; bei Sonne und Regen sind sie unterwegs und ein tüchtiger Schnee macht ihnen sogar ausgesprochenes Vergnügen. Nicht umsonst wurde einer von ihnen, auf den alle Gebirgler rund um den Brend besonders stolz sind, in diesem Winter deutscher Meister im Langlauf über 50 Kilometer.

Wenn aber um den Gipfel des Brend der Schneesturm fegt, so daß man keine fünf Meter weit zu sehen vermag und an jeder Bodenerhebung sich die Wächten fast bis zu doppelter Mannshöhe anbläsen, dann bleibt zum erstmal seit Jahrzehnten auch der Landbriefträger aus. Viel zu bestellen hätte er geraume Zeit ohnedies nicht gehabt. Vergänglich mühte sich das Furtwanger Blühchen das Bergtal hinauf. Als er die alte Die-selwagen nicht mehr schaffte, den einzigen Anhänger vorwärts zu bringen, wurde noch eine Lok mit Schneepflug vorgespannt und dann gab es auf jeder Station dasselbe, fast sportlich anmutende Spiel: das Bähnchen fuhr erst 20 Meter rückwärts, um dann mit Vollidampf den vom Pflug zusammengeschoben Schneewall zu durchstoßen. Bis auch dieses Verfahren versagte. Eine Schande für das brave Bähnchen war dies übrigens nicht, denn bei Triberg blieb sogar ein Schneepflug mit drei schiebenden Lokomotiven stecken.

Unter tiefem Schnee vergraben liegen die Bauernhäuser im Hochschwarzwald. Bei den Wäldern könnte man vom Hof bis zum Dach-first steigen, wenn im Windschutz der Wände sich der Schneestaub sammelte. Selbst der Skikläufer versinkt oft bis zur halben Wade in der weißen Watte, die ihn restlos verschluckt, wenn er einmal zu Fall kommt. Und dann ist es schwierig, wieder auf die Latten zu gelangen, denn die Tellerstöcke versinken bis zum Griff, wenn man sich an ihnen aufzurichten versucht.

Aber vielleicht gerade deshalb ist diese Winterwelt schön wie ein Märchen. Wie im Sturm erstarrte Meereswellen säumen die Wäldchen den Weg; über ihre Klämme fegt der Wind feinsten weißen Staub, der das Gesicht des Wanderers in brennendes Glühen bringt. In prachtvollen Hermelinmänteln prunken die Bäume, aber sie stöhnen hörbar unter ihren schweren Last. Die jüngeren Tannen sind ihr nicht gewachsen. Mit meter-dicken Kapuzen neigen sich ihre Wipfel, bis sie brechen oder vom Schnee vollends zuge-deckt werden.

Aber nicht nur der Wald hat in diesem Winter noch unübersehbaren Schaden erfahren: noch mehr litt das Wild unter dieser weißen Sintflut, die seine Nahrung verschüttete. Nur starke Tiere und zum Teil die Hasen retteten sich aus dem Verderben. Und vielleicht auch Meister Reineke von der Rosseck, der ein gefallenes Reh bis zum letzten Knochen verzehrte und nur noch ein paar Haare vor seinem Bau liegen ließ. Nur mit einer anderen Folge dieses Wildsterbens sind die Bauern zufrieden: im über zwei Meter hohen Schnee sind alle Wildschweine, die nicht rechtzeitig in tiefere Tallagen flüchteten, umgekommen. Der Förster von Ober-simonswald ist allerdings anderer Meinung, denn eine Jagd ohne Sauen hat für ihn die schönsten Reize verloren.

Eine solche Jagd kann übrigens zum gefährlichen Abenteuer werden, wenn ein „Amateur“ sie versucht. Als jüngst ein Bauer vom Oberen Katzensteig in seinen Schopf kam, fuhr wie ein schwarzer Satan ein Keiler aus der Türe. Einen guten Braten witternd, verfolgte er das Tier bis zur Martins-kapelle hinauf. Es hinterließ eine tiefe Grabenspur, aus der der Rüssel noch heraus-ragte. Als der Keiler sich gefährdet sah, griff er an. Zum Glück des Bauern kam aber ein Holzknecht zu Hilfe, der über die Nase des Schwarzkittels den Stahlkantenski schlug, daß er in drei Teile zerbrach. Der Keiler wurde dadurch nur noch rasender und schüt-telte den Holzknecht, der sich mit vollem Körpergewicht auf das Tier geworfen hatte, ab. Und vielleicht wäre die Angelegenheit nicht nur mit zeretzten Kleidern und eini-gen Fleischwunden abgegangen, wenn nicht vom nahen Forsthof der Retter erschienen wäre und mit wohlgezieltem Schuß den Keiler erledigt hätte. Fk.

Die Mannheimer „Figaro-Premiere“ im Jahre 1790

Mozart überwachte die letzten Proben an der Hofoper

Mozart hatte mit seiner Oper „Figaros Hochzeit“ glänzende Erfolge auf ausländischen Bühnen gehabt, ehe diese auch heute noch sehenswerte und ob ihrer volkstümlichen Musik immer wieder gern gehörte Lustspiel-Oper an dem damals schon bedeutenden Mannheimer Hoftheater zum ersten Male aufgeführt wurde. Man hatte hier bereits 1784 die „Entführung aus dem Serail“ und 1789 „Don Juan“ in den Spielplan eingefügt, und am 24. Oktober 1790 öffnete sich der Vorhang vor der wichtigsten Neuerscheinung jenes Theaterjahres, der Erstaufführung von „Figaros Hochzeit“. Mozart kam selbst nach Mannheim, wo er schon als Wunderkind am kurfürstlichen Hof gespielt hatte, und beaufsichtigte die letzten Proben. Mannheim hatte sich sehr verändert, vor allem durch den Wegzug des Hofes, bei dem Mozart im Winter 1777/78 vergebens eine Anstellung erwartete. Der Meister, fand nicht mehr die einst in ganz Europa berühmte Hofoper Karl Theodors vor, und das Orchester war ebenfalls nicht mehr auf der Höhe. In den Proben mußte Mozart erst einmal die Zeitmaße richtigstellen, die der Kapellmeister, ein bequemer alter Herr,

allzu langsam einstudiert hatte. Sonntags fand die erste Aufführung statt; das Stück wurde vom Publikum sehr gut aufgenommen, aber der Erfolg war doch nicht so groß wie bei der „Zauberflöte“, an deren theatralischen Effekten sich die Mannheimer nicht sattsehen konnten. So wurde denn auch die „Zauberflöte“ bis zum Beginn des neuen Jahrhunderts gut fünfzigmal gegeben, der „Figaro“ nur vier-mal! Später hat sich das gebessert. Das Theater bewahrte noch lange Jahrzehnte einen Dirigentenstuhl als Mozartandenken auf, dessen sich der Komponist bei jeder Aufführung bedient hatte. 178 Gulden und 54 Kreuzer brachte die Erstaufführung des „Figaro“ als Einnahme. Eine ansehnliche Summe. Bei einer der letzten Proben stand der Schauspieler Bachhaus, der den Antonio mimte, am Bühneneingang, um etwas frische Luft zu schnappen. Da näherte sich ein einfacher Mann, den er für einen Schneidergesellen hielt und fragte, ob er der Probe zuschauen könne. Bachhaus wies ihn entrüstet zurück. Darauf sagte der andere: Sie werden doch dem Kapellmeister Mozart erlauben, daß er sich seinen „Figaro“ anhört! wa